

Fortsetzung folgt! – Wir gestalten die Zukunft!

Politik in drei Dimensionen

**Wahl-Manifest der CDU Saar zur
Landtagswahl am 05. September 2004**

**Beschlossen vom 54. Landesparteitag
der CDU Saar am 19. Juni 2004
in Saarbrücken**

1. Der Wechsel hat sich gelohnt! – Wir haben das Land auf Erfolgskurs gebracht.

Mit der Landtagswahl am 5. September 1999 haben sich die Saarländerinnen und Saarländer nicht nur für einen Regierungs-, sondern auch für einen grundlegenden Politikwechsel entschieden. Heute wissen die Menschen in unserem Land: diese Entscheidung war richtig! Unter Ministerpräsident Peter Müller ist das Saarland wieder auf einem guten Weg. Unsere Leistungen entsprechen dem, was wir nach der letzten Landtagswahl an politischem Anspruch formuliert haben.

1.1 Unser politischer Anspruch: Saarland - Aufsteigerland

- Als die CDU im Jahre 1999 die Regierung übernahm, hat Ministerpräsident Peter Müller das Ziel formuliert, das Saarland zu einem Aufsteigerland zu machen. Es war unser Anspruch, die Position des regelmäßig letzten unter den westdeutschen Flächenstaaten hinter uns zu lassen und Anschluss zu finden an die wirtschaftsstarken Bundesländer. Das Saarland – als kleinstes Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland und als europäische Kernregion – sollte es aus eigener Kraft schaffen, zur Wachstumsregion im globalen Wettbewerb zu werden. Unsere Ziele waren und sind:
 - Binnen zehn Jahren 60.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, die traditionelle Fixierung auf montanindustrielle Strukturen zu überwinden und die Wachstumskräfte in den Zukunftsbranchen zu stärken;
 - Das Saarland zu einem Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort von Spitzenformat insbesondere im Bereich der Zukunftstechnologien fortzuentwickeln und den Wissenstransfer von den Forschungsstätten in die Saarländische Wirtschaft zu forcieren;
 - Die Qualität des saarländischen Bildungssystems zu verbessern, den Leistungsgedanken wieder in den Vordergrund zu rücken, die Talent- und Eliteförderung wieder zur Geltung zu bringen und nach dem Prinzip des Förderns und Forderns den jungen Menschen in unserem Land eine den Neigungen und Eignungen entsprechende differenziertes Bildungsangebot auf möglichst hohem Niveau zur Verfügung zu stellen;
 - Das Saarland zu einem der sichersten Länder in Deutschland zu machen und dafür Polizei und Justiz in ihren Arbeitsbedingungen besser auszustatten, weil Lebensqualität ohne Sicherheit nicht denkbar ist;
 - Darauf zu achten, dass auch die Schwachen und Benachteiligten, insbesondere die arbeitslosen Menschen in unserem Land, nicht ausgegrenzt, sondern integriert werden; gerade sie haben ein Recht auf solidarischen Beistand und sollen sicher sein, dass ihnen geholfen wird, wenn sie Hilfe brauchen.

1.2 Unsere Leistungen: Vorankommen in schwieriger Zeit

- Nach fünf Jahren Landesregierung unter Ministerpräsident Peter Müller ist das Saarland auf dem Weg zum Aufsteigerland ein gutes Stück vorangekommen. Es ist keine Frage: In unserem Land herrschen nach Jahren langer Depression und Stagnation inzwischen wieder Aufbruchstimmung und Optimismus. Und die Leistungen können sich sehen lassen:
 - Über 40.000 neue Arbeitsplätze sind seit 1999 entstanden. In der Beschäftigtenquote pro 1.000 Einwohner ist das Saarland im Ländervergleich von Platz 10 auf Platz 6 vorgerückt. Die Arbeitslosigkeit wurde wie in keinem anderen Bundesland zurückgeführt. Das Saarland hat sich vom letzten Platz unter den westdeutschen Flächenländern ins obere Mittelfeld vorgearbeitet. Hinsichtlich der Arbeitslosenquote sind wir seit 1999 von Platz 9 auf Platz 5 vorgerückt.
 - Im Bereich der Ausbildungsplätze hat sich das Saarland zum Musterland entwickelt. Auch ohne Ausbildungsplatzabgabe ist es in der Ausbildungsplatzquote (je eine Million Einwohner) vom sechsten auf den vierten Platz im Ländervergleich aufgestiegen. Im Verhältnis von Ausbildungsplatzangebot und –nachfrage lagen wir mit 98/100 im vergangenen Jahr sogar auf dem ersten Platz aller Bundesländer.
 - Betrug im Bund das Wirtschaftswachstum von 1999 bis 2003 plus 3,8 Prozent, so lag es im Saarland im gleichen Zeitraum bei 5,1 Prozent. Das heißt: Das Saarland hat das Phänomen des „Zweidrittelwachstums“, also den permanenten Wachstumsrückstand gegenüber dem Bundesdurchschnitt, in ein „Vierdrittelwachstum“ umgewandelt und gehört heute zu den wachstumsstärksten Bundesländern.
 - Dieser Erfolg wird auch von unabhängiger wissenschaftlicher Seite attestiert: In einem Ranking des Instituts für Deutsche Wirtschaft und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist das Saarland im Jahr 2003 zum dynamischsten aller Bundesländer und Regierungschef Peter Müller zum Ministerpräsident des Jahres gekürt worden. Dies zeigt, dass der Strukturwandel bei uns in vollem Gange ist.
 - Im Bundesländer-Standortranking der Bertelsmann-Stiftung ist das Saarland von Platz 10 auf Platz 6 aufgestiegen. Kein anderes Bundesland kann eine vergleichbare Entwicklung vorweisen.
 - Zahlreiche renommierte Forschungspreise, Ehrungen und Auszeichnungen sind in den vergangenen Jahren an saarländische Wissenschaftler und Unternehmer gegangen. Herausragendes Beispiel ist die Benennung von Prof. Dr. Wolfgang Wahlster zum Mitglied des Nobelpreis-Komitees der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften. Als Wissenschaftsstandort vor allem im IT- und im Biotechnologiebereich gehört das Saarland zu den Spitzenregionen Deutschlands und Europas. Von der europäischen Kommission wurde

das Saarland im Rahmen des Wettbewerbs „Innovative Regionen in Europa“ mit dem 1. Preis ausgezeichnet.

- In der Bildung hat das Saarland durch den Mut zu Innovationen bundesweit beachtete Akzente gesetzt. Die Einführung des achtjährigen Abiturzyklus (Projekt G 8) als erstes der westlichen Bundesländer ebenso wie die Vorreiterrolle bei der Einführung von Benimmunterricht in den Schulen zeigen die Grundmaxime saarländischer Bildungspolitik: Wir setzen auf Leistung und Qualität in der Bildung. Außerdem: Bildung ist für uns - über die Wissensvermittlung hinaus - auch Erziehung. Beides wurde vom Saarland in den letzten Jahren zielstrebig verfolgt und umgesetzt.

1.3 Unsere Zwischenbilanz: Das Saarland steigt auf

- Der von der CDU Saar und Ministerpräsident Peter Müller eingeleitete Kurswechsel hat das Land nach vorne gebracht. Unser Land ist auf dem Weg, mit einer innovativen Politik den wirtschaftlichen Strukturwandel im 21. Jahrhundert erfolgreich zu bewältigen. Wir haben die Wirtschaft dieses Landes von der Konzentration auf subventionsbedürftige altindustrielle Strukturen befreit, eine hochtechnisierte, moderne Industrieproduktionslandschaft geschaffen und Kurs genommen auf die Wachstumsmärkte von morgen. Förderung von Zukunftsbranchen, mutige Bildungsreformen, radikaler Abbau bürokratischer Hemmnisse, umfassende Mittelstands- und Technologieförderung – mit all dem haben wir für ein wachstumsfreundliches Klima in unserem Land gesorgt. Die ersten Erfolge sind sichtbar, die Menschen im Saarland schauen mit Zuversicht in die Zukunft. Aber auch außerhalb wird unser Land immer mehr als leistungsfähige Modellregion mit hoher Lebensqualität wahrgenommen. Und vor allem: es gibt ein neues Selbstbewusstsein der Saarländerinnen und Saarländer! Diesen Weg wollen wir fortsetzen.
- Unsere Politik findet Anerkennung und Zustimmung – im Saarland selbst, aber auch weit darüber hinaus. Dem Ziel, das Saarland zu einem Aufsteigerland zu machen, das auf Dauer eigenständig und lebensfähig ist, sind wir - trotz der miserablen Leistungen der rot-grünen Bundesregierung und der von ihr verursachten Wirtschafts- und Finanzkrise in Deutschland - ein großes Stück nähergekommen: Dafür haben wir auf vielen Feldern der Landespolitik einschneidende, zum Teil auch schmerzhaftes Veränderungsprozesse eingeleitet. Mittlerweile wird deutlich: Diese Anstrengungen haben sich gelohnt.
- Gleichwohl warten auf dem Weg der Modernisierung und Sanierung noch große Herausforderungen auf uns. Viele dieser Herausforderungen sind nicht hausgemacht, sondern kommen von außen auf uns zu. Das gilt sowohl für die demographische Entwicklung, als auch für die Wachstumskrise und die Finanzmisere der öffentlichen Hand in Deutschland. Dennoch müssen wir unsere spezifischen Antworten und Lösungen auf diese Herausforderungen finden. Der Anfang ist gemacht, die Weichen sind gestellt. Nach Ablauf der ersten Amtszeit der Landesregierung von Ministerpräsident Peter Müller und vor Beginn der neuen Legislaturperiode

entscheiden die Saarländerinnen und Saarländer nun darüber, ob wir den Rückenwind der bisher erzielten Fortschritte nutzen und weitere Anstrengungen für eine nachhaltige Sanierung und Modernisierung unseres Landes anpacken wollen. Für uns als CDU Saar gibt es dazu keine Alternative; eine Politik des Status-Quo wird es mit uns als CDU Saar nicht geben, wir werden uns nicht auf den Lorbeeren der ersten Erfolge ausruhen.

1.4 Unsere Herausforderungen: Demographischer Wandel und Globalisierung; Wachstumsschwäche und Finanzkrise in Deutschland

- Die Wählerinnen und Wähler müssen wissen: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht die Politik in Deutschland auf allen Ebenen und in allen Handlungsbereichen vor neuen und großen Herausforderungen. Natürlich verbinden sich damit Probleme und Risiken, aber auch neue Chancen und Zukunftsperspektiven. Die wirtschaftliche und kulturelle Globalisierung, die demographische Entwicklung, die aktuelle Wachstumsschwäche in Deutschland und die damit verbundene Erosion der Staatshaushalte stellen existenzielle Herausforderungen für die deutsche Politik des 21. Jahrhunderts dar – und zwar nicht nur bei uns im Saarland sondern in allen Bundesländern und in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Wir im Saarland sind jedoch – wegen bis heute spürbarer Nachwirkungen früherer Krisen in der Montanindustrie, vor allem aber wegen der Folgen einer desaströsen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik der rot-grünen Bundesregierung – in besonderer Weise herausgefordert, diesen Zukunftsrisiken eine mutige und entschlossene Politik der Zukunftsgestaltung entgegenzustellen. Dafür brauchen wir innovative Konzepte, nachhaltig angelegte Reformen, aber auch die Bereitschaft zu staatlichen Leistungseinschränkungen. Dies ist nicht die Zeit der Versprechungen sondern der Wahrhaftigkeit und Erneuerung. Die CDU Saar ist bereit und in der Lage, sich dieser historischen Herausforderung zu stellen.
- Trotz der konsequenten Politik der Haushaltskonsolidierung durch die Landesregierung steht die Bewältigung der Haushaltsprobleme des Landes – und zwar in verschärfter Form – ganz oben auf der Tagesordnung unserer Politik. Tatsache ist: Das Saarland befindet sich seit Jahren im Sog einer bundesweiten Finanzkrise, die Konsequenz der durch rot-grüne Politik ausgelösten Wachstumsschwäche der Bundesrepublik Deutschland ist. Die Verantwortung für die aktuellen Steuerausfälle liegt in Berlin, nicht in Saarbrücken. Gleichwohl wird die saarländische Politik sich diesen neuen Herausforderungen stellen müssen. Notwendig ist dabei eine Kombination aus strikter Ausgabenbegrenzung, solidarischer Bewältigung der Haushaltsnotlage und einer Politik des Wachstums. Wir werden die Haushaltsprobleme des Landes nicht allein durch Sparen lösen können. Aber: An zusätzlichen Sparanstrengungen führt kein Weg vorbei. Solange die gegenwärtige Wachstumskrise anhält, muss Politik sich am Notwendigen und nicht am Wünschbaren orientieren. Alle Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Zusätzliche finanzwirksame Leistungen des Landes sind in der gegenwärtigen Haushaltslage nicht möglich. Alle

Ausgaben des Landes müssen auf den Prüfstand gestellt und alle Einsparpotenziale erschlossen werden.

- Die Haushaltsnotlage des Landes besteht fort, weil die seit 2001 eingetretenen Steuerausfälle in der Summe die Teilentschuldungsleistungen übersteigen. Damit besteht aber auch der auf diese Haushaltsnotlage gegründete Hilfsanspruch des Landes gegen die bündische Gemeinschaft, wie ihn das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 27. Mai 1992 festgestellt hat, fort. Die CDU Saar setzt sich dafür ein, diesen Anspruch auf solidarische Bewältigung der Haushaltsnotlage auf der Basis eines in der Saar-Gemeinschaftsinitiative abgestimmten Konzeptes gegenüber der bündischen Gemeinschaft geltend zu machen.

- Ungeachtet dessen werden die Haushaltsprobleme des Landes langfristig nur auf der Basis angemessenen wirtschaftlichen Wachstums gelöst werden können. Notwendig ist eine in sich geschlossene Wachstumsstrategie auf Landes- und auf Bundesebene. In der vergangenen Legislaturperiode konnte das Saarland überproportionale Wachstumsraten erreichen. Darauf können wir aufbauen. Unverzichtbar ist aber ein Politikwechsel auf Bundesebene. Denn Deutschland wird zur Zeit so schlecht regiert wie noch nie zuvor in seiner Geschichte. Kompetenzstreitigkeiten und Planlosigkeit, Chaos und Fehler sind das Markenzeichen der rot-grünen Bundesregierung. Deutschland ist in puncto Wirtschaftswachstum, Schuldenabbau und Rückführung der Arbeitslosigkeit zum Schlusslicht in Europa geworden. Maut-Debakel, Praxisgebühr und Ausbildungsplatzabgabe stehen für einen erschreckenden Mangel an Professionalität der Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. Deutschland kann mehr, deshalb brauchen wir einen grundlegenden Richtungswechsel hin zu einer neuen Politik der nationalen Verantwortung. Die Union ist dazu bereit! Die CDU Saar wird alles in ihrer Kraft Stehende tun, damit nicht durch falsche Weichenstellungen auf Bundesebene die positiven Ergebnisse ihrer Politik im Lande geschmälert und konterkariert werden. Die Wählerinnen und Wähler im Saarland haben es in der Hand, bei der Landtagswahl am 5. September 2004 den Anfang vom Ende des rot-grünen Irrweges einzuläuten. Mit einem klaren Votum zu Gunsten der CDU Saar!

- Wir stehen vor einer Phase der Anstrengung. Wir als CDU Saar sind davon überzeugt, dass es möglich ist, die gegenwärtigen Probleme zu lösen. Notwendig ist aber eine gemeinsame Kraftanstrengung und die Bereitschaft, vorhandene Besitzstände in Frage zu stellen. Dies einzufordern mag in Wahlkampfzeiten nicht opportun sein. Aufgabe verantwortlicher Politik ist es aber, ohne Rücksicht auf Wahlkampfzeiten die Probleme zu beschreiben und Lösungswege aufzuzeigen. Dies tun wir. Dabei sind wir sicher: Die Bürgerinnen und Bürger des Landes werden dieses nicht nur verstehen, sondern auch unterstützen.

2. Wir stellen uns den Auswirkungen der demographischen Entwicklung

Deutschland steht in den nächsten Jahrzehnten vor einem dramatischen Bevölkerungswandel. Die Schrumpfung und gleichzeitige Alterung der Gesellschaft wird bereits heute spürbar und erkennbar. Die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Veränderungsprozesses müssen schon heute auf der politischen Agenda höchste Priorität einnehmen. Sie sind von tiefreichender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit gerade auch unseres Bundeslandes.

2.1 Demographische Entwicklung und politischer Handlungsbedarf

- Wir wissen schon heute: Auch unser Saarland wird von den Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung nicht verschont. Zwar werden wir auch in Zukunft zu den am dichtesten besiedelten Regionen der Bundesrepublik Deutschland gehören; dennoch muss verantwortliche Politik zur Kenntnis nehmen, dass die Bevölkerungsentwicklung im Saarland bereits seit der 2. Hälfte der 90er Jahre rückläufig ist: Zwischen 1995 und 2002 nahm die Bevölkerung um rund 19.000 Personen ab, obwohl das Saarland zwischen 1990 und 2002 einen Zuwanderungsgewinn von rund 27.600 Personen realisierte. Das heißt: selbst Wanderungsgewinne – insbesondere aus dem Ausland – in einer Größenordnung von durchschnittlich 2.300 Personen/Jahr haben nicht ausgereicht, den natürlichen Bevölkerungsrückgang zu kompensieren. Dies wird aller Voraussicht nach auch in kurz- und mittelfristiger Zukunft so bleiben.
- Hinzu kommt: Die Zahl der Geburten im Saarland ist in den vergangenen Jahren ständig zurückgegangen: Gegenüber dem Jahr 1990 mit 11.210 Geburten sank die Zahl der Geburten im Jahre 2002 auf 7.879, also um rund 30%. Gleichzeitig sterben im Saarland in jedem Jahr wesentlich mehr Menschen als geboren werden: Im Jahr 2002 lag die Differenz zwischen den Gestorbenen und Geborenen bei knapp 4.500 Personen. Unter Annahme einer gleichbleibenden Geburtenhäufigkeit von 1,2 Kindern pro Frau, einer bis zum Jahre 2050 um rund 6 Jahre steigenden Lebenserwartung sowie einem durchschnittlichen Zuwanderungsgewinn von 1.800 Personen pro Jahr kommt das Statistische Landesamt zu dem Ergebnis, dass die Bevölkerung von derzeit rund 1.063.000 Menschen im Saarland auf rund 949.000 im Jahre 2030 schrumpfen wird. Die Bevölkerung wird sich damit innerhalb einer Generation um rund 114.000 Menschen bzw. um 11% verringern.

- Schon bis zum Jahre 2030 wird die Zahl der Menschen im Saarland, die 65 Jahre und älter sind, gegenüber dem Basisjahr 2002 um 36% steigen, gleichzeitig wird die Zahl der Menschen unter 18 Jahren um 29% zurückgehen. Es findet damit eine vollkommene Umkehr der Bevölkerungspyramide statt. Bereits im Jahr 2030 ist damit zu rechnen, dass auf zwei Erwerbstätige ein Einwohner im rentenfähigen Alter kommen wird.

2.2 Demographischer Wandel als Querschnittsaufgabe der Landespolitik

- Die aus dieser Entwicklung resultierenden Herausforderungen sind für die saarländischen Landespolitik grundlegend und umfassend; sie reichen von der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Saarland über die Gewährleistung einer flächendeckenden Bildungs- und Gesundheitsversorgung bis hin zum Vorhalten bedarfsgerechter kommunaler Infrastrukturen. Zwar sind bei uns in Deutschland der Staat und die Gesellschaft immer noch nicht auf die Dimension demographiebedingter Veränderungsprozesse ausreichend vorbereitet; dennoch wird die CDU Saar den demographischen Risiken, die wir schon heute kennen, auf allen politischen Handlungsfeldern und Verantwortungsebenen eine Politik der verantwortungsbewussten Zukunftsgestaltung entgegenstellen. Gerade in Zeiten tiefgreifender Wandlungsprozesse kommt es darauf an, den Menschen Sicherheit, Geborgenheit und Perspektive zu vermitteln. Die Bewahrung der Eigenständigkeit unseres Landes als unverzichtbarer Teil der Identität der Saarländerinnen und Saarländer ist und bleibt für uns eine entscheidende Zukunftsaufgabe. Nur als eigenständiges Bundesland, als aufstrebende Region selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger werden wir die Herausforderungen der Zukunft bewältigen und Lebensqualität für die Menschen sichern.
- Demographietaugliche Landespolitik erfordert in Zukunft eine erheblich größere Bereitschaft und Fähigkeit zur Veränderung als bisher. Das heißt: wir müssen künftig bei staatlichen Leistungen und Infrastrukturen auf sich verändernde Bedarfe bei gleichzeitig abnehmenden finanziellen Ressourcen reagieren. Dies wird erhebliche Auswirkungen auf die Finanzierung und Versorgungsdichte von öffentlichen Einrichtungen haben. Dies gilt insbesondere für Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, für Ver- und Entsorgungsangebote, für Betreuungs- und Gesundheitsdienste sowie für Verwaltungsstrukturen auf kommunaler und Landesebene. Darüber hinaus erfordert die demographische Entwicklung längerfristig wirkende Maßnahmen z.B. zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Menschen, zur Verbesserung und Intensivierung der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie vor allem zur Wiederherstellung eines kinder- und familienfreundlichen Klimas in unserer Gesellschaft.

2.3 Vision Saarland 2020 als Leitprojekt für die Zukunft des Landes

- Der durch die derzeitigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungsprozesse ausgelöste Anpassungsdruck bringt jedoch nicht nur Risiken und Probleme, sondern auch Chancen mit sich! Diese Chancen wollen und werden wir nutzen. Voraussetzung hierfür ist die wissenschaftlich fundierte Aufarbeitung und nüchterne Bewertung der für unser Land maßgeblichen Veränderungsprozesse und Trends – von der Bevölkerungsentwicklung bis hin zu den Auswirkungen der Globalisierung auf Wirtschaft und Gesellschaft im Saarland, vom technologischen bis hin zum Wertewandel. In einer Zukunftsstudie „Saarland 2020“ werden wir aufzeigen, welche Entwicklungspotentiale und welche Entwicklungsrisiken in unserem Land zu berücksichtigen sind, wie unser Stärken-Schwächen-Profil im Vergleich zu anderen Bundesländern und Regionen aussieht und welche politischen Handlungsstrategien sich für eine erfolgreiche, aber auch nachhaltig wirksame Politik hieraus ableiten.
- Diese umfassende Expertise bildet die Basis für eine strategische und auf Nachhaltigkeit angelegte Landesentwicklungsplanung. Auf der Grundlage dieser Studie sollte die Landesregierung – gemeinsam mit namhaften Experten, aber auch im Dialog mit den maßgeblichen politischen Institutionen und Organisationen des Landes – ein Zukunftsbild „Saarland 2020“ entwickeln. Dies entspricht der von der Landesregierung in den letzten Jahren bereits erfolgreich gewählten Praxis, die Bürgerinnen und Bürger sowie alle gesellschaftlichen Kräfte und Institutionen aktiv in den Prozess der notwendigen Umgestaltung des Landes einzubeziehen. Nach Abschluss des dafür erforderlichen Diskussions- und Anhörungsverfahrens muss diese politische Vision – ressortübergreifend und verbindlich – zur ordnungspolitischen Rahmenkonzeption der gesamten Regierungsarbeit werden.

3. Wir machen das Saarland fit für die Zukunft

Die Anpassung vorhandener öffentlicher Infrastrukturen und Dienstleistungen sind notwendige, aber nicht hinreichende Maßnahmen, um die Auswirkungen von Bevölkerungsentwicklung, Strukturwandel und Globalisierung in unserem Land mit Erfolg zu bewältigen. Denn sie sind auf Dauer kein Ersatz für Wirtschafts- und Finanzkraft, für Lebens- und Standortqualität in unserem Land! Die Zukunftsentwicklung unseres Landes steht und fällt mit der ausreichenden Bereitstellung von sicheren Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Daher brauchen wir vor allem Wirtschaftswachstum, Ansiedlungen und Investitionen; sie sind die Grundlage für Wohlstand und sichern die hohe Lebensqualität in unserem Land. Berufliche Perspektiven, vor allem für junge Menschen, entscheiden letztlich über die Attraktivität unseres Landes und gewährleisten, dass das Saarland – auch in Zeiten negativer Bevölkerungsentwicklung – zu den Gewinnern im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte gehört. Wir werden dazu die erfolgreiche Politik des Strukturwandels der letzten Jahre konsequent fortsetzen und ausbauen.

3.1 Vorrang für den Mittelstand in Industrie, Handwerk und Dienstleistung

- Die Arbeitsplätze der Zukunft werden primär nicht in Großunternehmen, sondern in kleinen und mittleren Unternehmen entstehen. Deshalb müssen sich die wirtschaftspolitischen Strategien des Landes am Vorrang für den Mittelstand ausrichten. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze und die Entstehung neuer Arbeitsplätze gerade in kleinen und mittleren Unternehmen unterstützt.

- Moderne Dienstleistungen stellen ein erhebliches Wachstumspotential für die Zukunft dar. Trotzdem bleibt auch in der Zukunft eine gesunde Basis produzierenden Gewerbes in Industrie und Handwerk unverzichtbar. Deshalb wollen wir gerade auch im Bereich des produzierenden Gewerbes alle vorhandenen Arbeitsplatzpotentiale in unserem Land ausschöpfen. Dies setzt insbesondere eine Veränderung der bundespolitischen Rahmenbedingungen voraus. Die CDU Saar wird sich daher einsetzen für
 - die Entriegelung des Arbeitsmarktes mit dem Ziel einer Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten vor allem für ältere Arbeitnehmer
 - die Ermöglichung betrieblicher Bündnisse für Arbeit
 - eine grundlegende Steuerreform mit niedrigen, international konkurrenzfähigen Steuersätzen bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage
 - die Entkoppelung der Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme von der Belastung der Erwerbsarbeit mit dem Ziel der Senkung der Lohnnebenkosten
 - eine substantielle Offensive für Entbürokratisierung und Deregulierung
 - die Halbierung der Mehrwertsteuersätze für handwerkliche Dienstleistungen
 - eine Evaluation der Novellierung der Handwerksordnung um Fehlentwicklungen zu korrigieren

- Nicht nur im Bund, sondern auch im Saarland wird die CDU Saar sich konsequent mit der Beseitigung bürokratischer Hemmnisse befassen. Wir führen unsere Entbürokratisierungsoffensive fort: Privat geht vor Staat. Unternehmerische Initiativen des Staates sind auf das unerlässliche Mindestmaß zu beschränken. Der Prozess der Reduzierung staatlicher Regelungsdichte in der Zuständigkeit des Landes wird fortgesetzt. Wir wollen das Saarland zu dem Bundesland machen, in dem in vertretbarem Umfang Genehmigungserfordernisse beseitigt und – falls erforderlich – Genehmigungen schneller als in jedem anderen Bundesland erteilt werden.

- Wir werden das saarländische Mittelstandsförderungsgesetz reformieren mit dem Ziel, dass öffentliche Aufträge noch mittelstandsgerechter vergeben werden können.

3.2 Strategien der Wirtschaftsförderung und Standortverbesserung

- Wir setzen voll auf Wirtschaftsfreundlichkeit und Unternehmergeist. Wir wollen Ansiedlungen und Existenzgründungen gezielt fördern und saarländischen Unternehmen helfen, für hochwertige und innovative Produkte neue Märkte in der ganzen Welt zu erschließen. Mit unserer Wirtschaftsförderung verstehen wir uns als Partner der Saarwirtschaft. Unser Ziel: Ein starker, leistungsfähiger Mittelstand sowie ein moderner, dynamischer Industrie- und Dienstleistungsstandort auf technologischem Spitzenniveau. Die CDU Saar wird das in den letzten Jahren entwickelte Konzept eines professionellen Standortmarketings weiterentwickeln. Ein wichtiges Instrument werden dabei Markterkundungsreisen sein, die der Erschließung neuer und die Vertiefung bestehender Marktpotentiale für die Saarwirtschaft dienen. Dabei müssen an Hand detaillierter Suchprofile saarländischer Firmen neue Firmkontakte und Geschäftsaktivitäten mit anderen Wirtschaftsregionen angebahnt und ausgebaut werden.

- Wir werden dafür sorgen, dass die Gemeinschaftspräsentationen der Saarwirtschaft auf internationalen Messen intensiviert werden. Gleiches gilt auch für die Vertiefung der Netzbildung in zukunftsträchtigen Branchen. Wir werden uns für die Umsetzung der Cluster-bezogenen Innovationsstrategie (IT, Logistik, Automotive, Nano-Biotechnologie, Energie, Wissen) einsetzen. Die Tatsache, dass das Saarland seine Mittel für die Außenwirtschaftsförderung um rund 45% aufgestockt hat, unterstreicht die Bedeutung, die wir der Stärkung des Exports für die Saarwirtschaft beimessen. Und dass es sich lohnt, beweist die Entwicklung der saarländischen Exporte, die in den letzten fünf Jahren mit 39% erheblich stärker angewachsen sind als die Exporte in Deutschland insgesamt (nur 22%).

- Die Qualität eines Wirtschaftsstandortes entscheidet sich auch über die sogenannten „weichen Faktoren“ wie Bildung, Kultur und Lebensqualität. Die CDU Saar wird daher die in der zurückliegenden Legislaturperiode eingeleitete Wende in der Bildungspolitik konsequent fortsetzen. Bildungspolitik „made in Saarland“ muss zu einem bundesweit bekannten Markenzeichen unserer Region werden und damit zur Schärfung unseres Profils als wettbewerbsfähiger, attraktiver Wirtschaftsstandort beitragen. Dazu gehört, dass wir auch modellhafte Kooperationen im Sinne der Verzahnung von Unternehmens- und Schulwelt – beispielsweise im Rahmen des Projektes „Alwis“ – gezielt fördern. Schon in den Schulen müssen wir damit beginnen, eine positive Einstellung zu Wirtschaft, Eigentum und unternehmerischer Selbständigkeit zu kultivieren.

- Berufliche Qualifizierung ist für uns als CDU Saar ein Kernstück der Standortaufwertung. Wir wollen Weiterbildung und lebenslanges Lernen selbstverständlich machen und für die Standortaufwertung nutzen. Aufgrund des demographischen Wandels wird der Arbeitsmarkt in Zukunft noch mehr qualifiziertes Personal benötigen. Deshalb ist es unverzichtbar, dass der Weiterbildung und dem „Lebenslangen Lernen“ die notwendige Bedeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und von Betrieben eingeräumt wird. Überall, wo es möglich und noch nicht erfolgt ist, sollen Betriebskonzepte Weiterbildung unterstützen.

Lebenslanges Lernen muss insgesamt bewusster werden, denn die wirtschaftliche Entwicklung einer Region hängt auch von der Bereitschaft der Menschen ab, über die Schule hinaus zu lernen. Die Fort- und Weiterbildung braucht einen höheren Stellenwert sowie neue Impulse für lebenslanges Lernen von jungen und älteren Menschen sowohl in den klassischen Formen und als auch in neuen Formen.

Bessere Aus- und Weiterbildungen in den sozialen Berufen sind eine unverzichtbare Voraussetzung, um auch in Zukunft in hoher Qualität und Dichte soziale Leistungen zu erbringen. Deshalb ist der begonnene Weg mit der „Initiative Weiterbildung im Gesundheits- und Sozialbereich Saar e. V.“ konsequent fortzusetzen.

Denn ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte zu haben, ist für einen Standort wie das Saarland eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg im Wettbewerb der Wirtschaftsregionen. Die CDU Saar will nicht nur das Land, sondern auch die Menschen fit machen für die veränderten und permanent steigenden Anforderungen in der globalisierten Arbeitswelt von heute und morgen. In Abstimmung mit den Unternehmen, den Bildungseinrichtungen und den Sozialpartnern sollen die zur Verfügung stehenden Mittel auf die besonders entwicklungsträchtigen Bereiche der Saarwirtschaft konzentriert werden. Ziel dieser Förderstrategie muss der passgenaue und bedarfsgerechte Einsatz der Mittel für Qualifizierungsmaßnahmen, insbesondere in den wachstumsorientierten Zukunftsbranchen sein.

- Darüber hinaus erwarten wir von der Saarwirtschaft und der saarländischen Landesregierung, dass – wie in den vergangenen Jahren auch – jeder ausbildungsplatzsuchende Schulabgänger tatsächlich auch eine Lehrstelle bekommt; die bundesweit vorbildliche Zusammenarbeit zwischen Regierung, Unternehmen und Medien im Saarland bei der jährlichen Durchführung der Lehrstellen-Kampagne sowie der ergänzende Ausbau von Ausbildungsnetzwerken in der beruflichen Bildung bieten dazu optimale Voraussetzungen. Die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab.

3.3 Wir machen den Weg frei – für Innovationen und Investitionen

- Es ist unser Ziel, das Saarland zu einer gründungsfreudigen und innovativen Mittelstandsregion zu machen. Die CDU Saar wird das Profil unseres Landes als attraktiver Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort schärfen, weil wir verstanden haben, dass die Schätze des Landes nicht mehr tief in der Erde liegen, sondern in den Köpfen der Menschen. Dazu werden wir die modernen Zukunftstechnologien als Innovations- und Wachstumsmotoren nutzen. Wir werden gezielt den Einsatz innovativer Technologien, die Gründung forschungsbasierter Start-up-Unternehmen sowie die Entwicklung wachstumsträchtiger Wirtschafts- und Wissenschaftscluster fördern und aktivieren. Nur mit einer mutigen Innovationspolitik und der konsequenten Modernisierung unseres Standortprofils wird das Saarland für den globalen Wettbewerb der Regionen gut aufgestellt sein. Die Voraussetzungen dafür sind gut: eine ganze Reihe von Spitzeneinrichtungen der innovativen Forschungslandschaft im Saarland transferiert schon heute ihr Wissen

erfolgreich in entwicklungsträchtige Wirtschaftsunternehmen. Diese Innovationsprozesse müssen weiter gefördert und das vorhandene Potential aktiviert und ausgebaut werden.

- Wir werden die erfolgreiche Innovationsstrategie des Landes weiterentwickeln. Ziel ist es attraktive Forschungs- und Geschäftsfelder zu besetzen und uns mit Kompetenzschwerpunkten im Sinne einer Nischenstrategie von anderen Wirtschaftsregionen abzuheben. Dies geschieht durch die Bündelung und Verzahnung themenbezogener Kompetenzen in Wirtschaft, Forschung und Bildung. Das Saarland verfügt für diese Strategie über ein hochattraktives Innovationspotential, insbesondere in den Bereichen Informationstechnologie (IT) und Fertigungstechnik, aber auch in den Nano-, Bio- und Medizintechnologien. Ein erhebliches Entwicklungspotential besteht darüber hinaus auf dem Gebiet der Sprachforschung und –technologien, der Computerlinguistik und der künstlichen Intelligenz; hier haben sich an der Universität des Saarlandes und in außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den letzten Jahren durch die Förderung der Landesregierung erhebliche Entwicklungsfortschritte ergeben. Die gezielte Fokussierung auf diese vielversprechenden Forschungs- und Wirtschaftsfelder sowie die konsequente Ausrichtung an Zukunftsthemen und -trends – das ist das Programm unserer Innovationsstrategie, mit der wir den Strukturwandel im Saarland noch weiter beschleunigen. Die für diesen Prozess unerlässliche Forschungsinfrastruktur wollen wir stärken und ausbauen.
- Für die neuen IuK-Technologien mit ihrem unverändert enormen Wachstumspotenzial hat die saarländische Landesregierung in den letzten Jahren ein attraktives Entwicklungsumfeld geschaffen. Dazu gehören hochwertige Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, die selbst Quereinsteigern einen qualitativ hochwertigen Zugang in die IT-Branche eröffnen, sowie die neuen IT-orientierten Kompetenzschwerpunkte und Studiengänge an den saarländischen Hochschulen. Vor allem aber verfügen wir mit dem neuen IT-Park Saarland über optimale Ansiedlungsbedingungen für IT-Firmen. Die zunehmende Attraktivität des IT-Standortes Saarland zeigt sich signifikant in der beruflichen Ausbildung. Obwohl die IT-Branche im vergangenen Jahr weltweit ihre Wachstumsprognosen kräftig zurückschrauben musste, hat ihr Ausbildungsengagement im Saarland nicht gelitten. Im Gegenteil: Hier nahm die Zahl der Auszubildenden in den IT-Berufen zu; dies zeigt, dass die IT-Branche zu einem wesentlichen Standbein der saarländischen Wirtschaft geworden ist. Das Saarland ist Spitzenstandort im Informatik-Bereich. Die sich daraus ergebenden Spinn-Off-Potentiale wollen wir entschlossen fördern und nutzen.
- Nach einer langen Periode der Grundforschung entwickeln sich aus den Nano- und Biotechnologien mit einer beachtlichen Dynamik Anwendungsfelder, die von jungen saarländischen Existenzgründern in attraktive Produkte und Dienstleistungen überführt und international vermarktet werden. Im Saarland hat sich eine quicklebendige Forschungs-, Start-up- und Existenzgründerszene entwickelt, die im Bereich der Nanobiotechnologie zunehmende Markterfolge erzielt und zu einem schlagkräftigen Cluster ausgebaut werden muss. Auch die interdisziplinäre

Verbindung zur Informationstechnologie (Bioinformatik) birgt neue Anwendungs- und Kooperationsfelder und eröffnet Chancen zur Entstehung neuer, zukunftssträchtiger Arbeitsplätze.

- Die CDU Saar wird dafür sorgen, dass für die Ansiedlung von Biotech-Unternehmen durch den „Science Park Saar“ und das biomedizinische Zentrum in Homburg hervorragende räumliche und infrastrukturelle Voraussetzungen gegeben sind. Aber auch das wissenschaftliche Entwicklungsumfeld muss weiter ausgebaut werden; der Anfang dazu ist gemacht. Mit dem neuen Studienangebot für Bioinformatik wird beispielsweise die Biotechnologiekompetenz im Saarland noch weiter vorankommen; aber auch die beiden von der Landesregierung geförderten Starter-Zentren an den Uni-Standorten in Saarbrücken und Homburg bilden eine wichtige Plattform für den Einstieg der Nachwuchswissenschaftler in die Selbständigkeit und ein optimales Wachstums- und Wissenschaftsumfeld. Gleiches gilt für das Spin-Off-Center an der Hochschule für Technik und Wirtschaft.

3.4 Ja zur Kultur der Selbständigkeit durch vernetzte Wirtschaftsförderung

- Um mehr Unternehmergeist herauszufordern, wird die CDU Saar ihre Werbe- und Informationskampagne „Saarland Offensive für Gründer“ (SOG) fortsetzen und verstärken. SOG arbeitet als Netzwerk, dem alle in der Gründungsförderung tätigen Kräfte des Saarlandes angehören. Ein Kernelement von SOG ist die internet-gestützte Planung und Unterstützung von Existenzgründungen durch das Saar-Online-Gründerzentrum. Hier gibt es Beratung, Informationen und Anregungen zu allen Phasen der Gründungsplanung und –realisierung. Fortgeführt wird der Online-Gründungslehrgang. Er führt den Benutzer - systematisch und am individuellen Beratungsbedarf orientiert - durch alle Phasen einer Firmengründung und erlaubt es, einen vollständigen Businessplan zu erstellen. Mit dem Online-SOG steht eine bundesweit bisher einmalige interaktive Gründerberatung zur Verfügung.
- Die CDU Saar will in Zukunft noch weniger Bürokratie, noch mehr Transparenz und Schnelligkeit bei der Abwicklung von Gründungs- und Investitionsfinanzierungen. Deshalb werden wir die SIKB zu einer öffentlichen Mittelstandsbank fortentwickeln und die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Förderbank des Bundes (KfW) verstärken. Damit wollen wir dem unternehmerischen Mittelstand die Kreditaufnahme erleichtern und das Gründungs- und Wachstumsklima nachhaltig fördern. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass die durch die Stärkung der KWG neu gewonnenen Möglichkeiten der Finanzierung mit Eigenkapital durch die Saarwirtschaft genutzt werden; Angesichts der zunehmenden Verödung mancher Innenstädte werden wir Private-Public-Partnership-Initiativen durch spezielle Finanzierungsinstrumente in Analogie zu BID (Business Improvement Districts) finanziell absichern und damit die Wiederbelebung der Innenstädte mit der Stärkung der heimischen Bauwirtschaft verbinden.

- Ein weiteres Element der Aktivierung und Vernetzung von Gründungsaktivitäten ist für uns als CDU Saar das seit 2000 arbeitende Business Angel Netzwerk Saarland, das vor allem die Entwicklung innovativer Start-up-Unternehmen vorantreibt. Hier beraten und unterstützen erfahrene und erfolgreiche Existenzgründer („Business Angels“) junge Unternehmen. Information, Kontaktvermittlung und Betreuung sind die Hauptziele dieses Netzwerkes. Durch die intensive Zusammenarbeit mit den Kammern, den Unternehmens- und Arbeitgeberverbänden sowie der gezielten Förderung von Selbständigkeit und Existenzgründungen werden wir unsere historisch bedingte „Unternehmerlücke“ im Saarland Schritt für Schritt zu verkleinern.

3.5 Offensive Gestaltung des Strukturwandels

- Die Erfahrungen mit den Montankrisen in der Vergangenheit haben gezeigt, dass ein Festhalten an nicht wettbewerbsfähigen Strukturen in eine standortpolitische Sackgasse führt. Notwendig ist der Mut zu einer realistischen und zukunftsfähigen Industriepolitik auch im deutschen Bergbau. Tatsache ist: Die Produktionskosten für die heimische Kohle liegen weit über dem Weltmarktniveau. Daher spricht sich die CDU Saar für einen sozialverträglichen Anpassungsprozess mit dem Ziel Auslaufens des Saarbergbaus aus. Die Anschlussfinanzierung für die Steinkohle nach 2005 muss nach unserer Überzeugung der Konzeption eines sozialverträglichen Auslauf-Bergbaus im Interesse einer für alle Akteure vertretbare Planungssicherheit entsprechen. Im Rahmen der Anschlussfinanzierung kommt die Wiederaufnahme von Betriebsbeihilfen durch das Saarland nicht in Betracht. Klar ist darüber hinaus, dass auch die Interessen der Bergbaubetroffenen durch eine schadensmindernde Ausgestaltung des Bergbaus und einen unbürokratischen, fairen und angemessenen Schadensausgleich berücksichtigt werden müssen.
- Wir wollen die ehemaligen Bergbaustandorte mit neuem Leben erfüllen und die Erinnerung an eine bedeutende Epoche der Industriekultur bewahren. Unser Ziel ist die Ansiedlung moderner Unternehmen, hochqualifizierter Institutionen und die Durchführung zukunftsweisender Projekte an ehemaligen Bergbaustandorten. Für die CDU Saar ist daher das Projekt „IndustrieKultur Saar“ ein Zukunftsprojekt des wirtschaftlichen Strukturwandels ebenso wie der kulturellen Identitätspflege. Die gleichzeitige Verkettung und Vernetzung der drei vorgesehenen Zukunftsstandorte des Industriekulturprojektes untereinander bildet darüber hinaus eine hervorragende Basis zur touristischen Vermarktung einer Erlebnislandschaft von besonderer Faszination.
- Dass und wie die zukunftsgerichtete Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels trotz schmerzhafter Einschnitte letztlich gelingen kann, beweist die erfolgreiche Beendigung des Konkursverfahrens bei Saarstahl.

Durch den Verkauf der Landesanteile an der Saarstahl AG in Konkurs und an der DHS-Dillinger Hütte Saarstahl AG hat die saarländische Landesregierung den Weg für eine wettbewerbsfähige „Hüttenlösung“ in der saarländischen Stahlindustrie freigemacht. Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung im Stahlgeschäft bestätigt dieses Konzept der engen partnerschaftlichen Kooperation der beiden Stahlunternehmen auf der gesellschaftsrechtlichen Basis einer gemeinsamen Stiftung.

3.6 Wettbewerbsfähige Entwicklungspotentiale ausbauen

- Nicht nur in den montanindustriell geprägten Räumen des Saarlandes sind Strukturanpassungen zu bewältigen, auch der ländliche Raum muss sich der Herausforderung des Strukturwandels stellen. Dass auch hier unternehmerisches Denken und marktorientierte Problemlösungsstrategien allemal besser sind als Ohnmachtshaltung und Realitätsverweigerung, beweist beispielhaft das ehrgeizige Konversionskonzept der Wendalinuspark GmbH; dieses Projekt, das die saarländische Landesregierung mit rund 6 Mio. Euro für die infrastrukturelle Erschließung des Geländes der ehemaligen französischen Kaserne in St. Wendel unterstützt hat, hat bisher private Anschlussinvestitionen in einer Größenordnung von über 10 Mio. Euro und die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze nach sich gezogen.
- Zu den entwicklungsfähigen Wirtschaftsbranchen des Saarlandes zählt nach Auffassung der CDU Saar auch der Tourismus. Wir werden das Saarland als wettbewerbsfähige Tourismusattraktion positionieren und den Fremdenverkehr in unserer Region systematisch weiterentwickeln. Die erfolgreiche Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass im Tourismus noch ein erhebliches Potential steckt. Um in diesem Bereich in den nächsten Jahren weitere Arbeitsplätze und zusätzliche Wertschöpfung zu generieren, brauchen wir ein professionelles Marketingkonzept. Unser Ziel ist es, die zu unserer Region passenden touristischen Produkte im Rahmen geeigneter Vertriebsstrategien an die für uns relevanten Zielgruppen zu bringen.
- Wir wollen die positive touristische Entwicklung in unserem Land gegenüber einem zunehmenden Wettbewerb der Urlaubsregionen fortsetzen und die notwendige Erstellung konkurrenzfähiger touristischer Produkte für die Gewinnung zusätzlicher Marktanteile forcieren. Wir fordern ein ganzheitliches Tourismuskonzept für den Natur-, Kultur- und Erlebnisraum Saarland, das neue touristische Entwicklungslinien aufzeigt und diese an den Bedürfnissen potentieller Kunden orientiert. Entsprechend den touristischen Stärken unserer Region bietet es sich an, klar voneinander abgegrenzte „Themenpakete“ (z.B. Kulinarisches & Wellness / Kultur & Geschichte / Aktivurlaub & Funsport / Familien- & Erholungsurlaub) zu schnüren, die jeweils eine Kombination unterschiedlicher Produktelemente unseres vielfältigen Kultur-, Sport- und Freizeitangebotes beinhalten und sich an spezifische Zielgruppen richten.

3.7 Vernetzung des Wirtschaftsstandortes mit anderen Regionen

- Im Hinblick auf unsere Attraktivität als Wirtschaftsstandort sind Verkehrsanbindung sowie Vernetzung des Saarlandes als europäische Kernregion mit den Nachbarregionen und den überregionalen Märkten von zentraler strategischer Bedeutung. Deshalb arbeitet die CDU Saar für
 - die Fertigstellung der Schienenschnellverkehrsverbindung Paris-Ostfrankreich-Südwestdeutschland und die Realisierung des Projekts Eurobahnhof Saarbrücken;
 - die Sicherstellung der erforderlichen Finanzierungsmittel für die Projekte des vordringlichen Bedarfs des Bundesverkehrswegeplans;
 - die Aufwertung des Flughafens Saarbrücken und die verstärkte Kooperation der Flughäfen im SaarLorLux-Raum;
 - die Fortentwicklung der jetzt zustande gekommenen ÖPNV-Allianz mit dem Ziel eines einheitlichen Verbundtarifs, der Optimierung von DB-Regio- und Saarbahnangeboten sowie vertiefter Kooperationsbeziehungen in die SaarLorLux-Region;
- Trotz der demographischen Entwicklung ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren die Frequentierung unserer Verkehrswege nicht ab-, sondern zunehmen wird. Gerade auch vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung ist mit zunehmendem Verkehrsaufkommen zu rechnen. Dies begründet die Notwendigkeit erheblicher Investitionen in die Erhaltung oder Wiederherstellung eines guten Zustandes unserer Straßen und Schienenwege. Die CDU Saar fordert daher trotz des missglückten Versuchs der Einführung einer LKW-Maut in Deutschland und hierdurch begründeter Einnahmeausfälle keine Abstriche bei den beabsichtigten Investitionen des Bundes im Verkehrsbereich vorzunehmen.

4. Wir stärken die Finanzkraft und sichern die Eigenständigkeit des Landes

Wir wissen: Die Steuerkraft folgt der Wirtschaftskraft. Nur bei einer zuträglichen wirtschaftlichen Entwicklung werden wir über ausreichende Einnahmen zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben verfügen. Deshalb dürfen und werden wir unser Land nicht kaputt sparen. Richtig ist aber auch: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Deshalb gilt: Um angesichts der Krise der öffentlichen Haushalte wieder Finanzkraft und damit neue politische Handlungsspielräume zurückzugewinnen, werden wir nicht umhin können, weitere strukturelle Maßnahmen zur Begrenzung der öffentlichen Ausgaben zu ergreifen.

4.1 Sanierung der Landesfinanzen – Wir bleiben auf Kurs!

- Die Landesregierung hat seit 1999 jährlich Sparhaushalte vorgelegt und damit erreicht, dass das Land in wichtigen Kennzahlen zu anderen Ländern aufgeschlossen hat. Diese Sanierungsstrategie ist jedoch aufgrund der

katastrophalen Finanz- und Wirtschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung, die für das Saarland Steuerausfälle in einer Größenordnung von mehr als 500 Mio. Euro pro Jahr zur Folge hatte, konterkariert worden. Unter der Voraussetzung einer einigermaßen normalen Wirtschaftsentwicklung würden heute die Einnahmen unsere Ausgaben übersteigen und wir könnten mit dem Überschuss Schulden tilgen. Wegen der bundesseitig verursachten Steuerausfälle muss das Saarland aber auch in der kommenden Legislaturperiode seinen strikten Sanierungskurs fortsetzen – und zwar in noch stärkerem Maße als bisher.

- Aufgrund des Auslaufens der Teilentschuldung und der weggebrochenen Steuereinnahmen wird die Landesregierung bei den freiwilligen Ausgaben und Subventionen Kürzungen vornehmen müssen. Dabei sollen grundsätzlich alle Bereiche einen Sanierungsbeitrag leisten; dazu zählt auch die weitere Rückführung der Personalausgaben, obwohl diese bereits in den letzten Jahren deutlich reduziert wurden und mittlerweile bei nur noch 38% des Haushaltes liegen. Nur so werden wir auch in den nächsten Jahren die zur Stärkung der Wirtschaftskraft und zur Erhöhung der Standortattraktivität notwendige Investitionsvorrangpolitik weiterführen können.

4.2 Sanieren und Gestalten – Wir werden das Land nicht kaputtsparen!

- Die saarländische Landesregierung hat seit 1999 eine konsequente Investitionsvorrangpolitik betrieben. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung und Investitionen wurden konsequent erhöht, während die konsumtiven Ausgaben Schritt für Schritt zurückgefahren wurden. Diesen erfolgreichen Kurs wollen wir in den kommenden Jahren fortsetzen. Wir streben die Beibehaltung der hohen Investitionsquote in unserem Landeshaushalt an. Schwerpunkte der Investitionspolitik werden sein: Wirtschaftsförderung, Innovation und Technologie, Verkehrsinfrastruktur, Wohnungsbauförderung und Städtebau sowie staatlicher Hochbau. Investitionen stärken die Wirtschaftskraft und den Standort Saarland. Aber auch in den Bereichen der inneren Sicherheit und Bildung werden entscheidende Standortvorteile für die Zukunft geschaffen. Deshalb werden wir an dieser Schwerpunktsetzung trotz knapper Kassen auch künftig festhalten.
- Die saarländische CDU hat in der letzten Legislaturperiode konsequent die Reform der Verwaltungsstrukturen vorangetrieben. Dieser Kurs wird fortgesetzt. Die Verschlinkung und Zusammenfassung von Behörden sowie der Abbau von Hierarchieebenen stehen dabei im Vordergrund. Der Einsatz von modernen Informationstechniken wird forciert. Durch Einführung von e-Government und Internetdiensten werden wir effektivere und effizientere und damit auch bürgerfreundlichere Verwaltungen schaffen. Mit dem Konzept der „Bürgerdienste Saar“ hat das Saarland eine bundesweite Vorreiterrolle übernommen. Erstmals werden über unterschiedliche Verwaltungsebenen hinweg auf einer gemeinsamen Plattform Dienstleistungen für die Bürger elektronisch angeboten.
- Durch die flächendeckende Einführung eines Haushaltsmanagementsystems mit betriebswirtschaftlichen Steuerinstrumenten wie Kosten- und Leistungsrechnungen sowie Controlling

wird der Einsatz von Landesmitteln noch ressourcensparender werden. Außerdem soll die CDU-Landesregierung in der Wahlperiode 2004-2009 die Überprüfung sämtlicher haushaltsrelevanter Aufgaben und ihrer finanziellen Ausstattung im Land und den Kommunen durchführen. Ziel ist es, von der bisherigen Kameralistik wegzukommen und neue Instrumente eines modernen Haushalts- und Finanzmanagements, wie z.B. die sogenannte Nullbasisplanung, einzuführen. Doppelstrukturen und mehrfache Zuständigkeiten müssen weiter reduziert werden. Das gilt auch bei der Aufgabenverteilung zwischen Städten und Gemeinden, den Landkreisen und dem Land. Der Staat soll sich in seinen Aufgaben auf das Wesentliche beschränken. Im Rahmen der Deregulierung und Privatisierung wird sich das Land weitgehend aus nicht hoheitlichen Verwaltungsbereichen zurückziehen und diese kostengünstiger privaten Anbietern überlassen.

4.3 Haushalts- und Finanzpolitik im Zeichen der Nachhaltigkeit

- Mit Blick auf die demographische Entwicklung tritt die CDU Saar darüber hinaus auch für strukturelle Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung ein. Bevölkerungsrückgang und zunehmende Alterung in unserer Gesellschaft haben unmittelbare Auswirkungen auf unseren Landeshaushalt: es wird in Zukunft weniger Steuereinnahmen geben; gleichzeitig wird der Bedarf an Versorgungs- und Betreuungsleistungen für Senioren steigen, während umgekehrt im Bereich Betreuungs- und Erziehungsmaßnahmen sowie der Gesundheitsversorgung und (Aus-)Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche Kapazitäten und Ressourcen frei werden. Insgesamt steigt der Anpassungsdruck auf die Haushaltssanierung deutlich an, so dass eine grundlegende Überprüfung öffentlicher Aufgaben und Infrastrukturen erfolgen muss; sie kann und wird in manchen Bereichen zum Rückbau bzw. zum Umbau staatlicher Leistungsangebote führen.
- Die CDU Saar fordert die saarländische Landesregierung auf, durch ihren Einfluss im Bundesrat, in der Ministerpräsidentenkonferenz und in der Finanzministerkonferenz auf eine Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung sowie eine Reform des Föderalismus zu drängen. Ziel muss es sein, mehr Chancengleichheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Bundesländer zu erreichen. Dies bedeutet zugleich mehr Kompetenz und Gestaltungsmöglichkeiten für die Bundesländer. Um einen fairen Wettbewerbsföderalismus zu ermöglichen, müssen strukturelle Verwerfungen zu Lasten finanzschwacher Bundesländer ausgeglichen werden. Die überproportionalen Belastungen, die der Bund durch seine Gesetzgebung verursacht, müssen kompensiert werden. Die CDU Saar setzt auf die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips zwischen Bund und Ländern. Wenn der Bund Belastungen für die Länder beschließt, müssen diese von ihm auch ausgeglichen werden. Das Saarland leidet hier

insbesondere unter der Sozialgesetzgebung. Aber auch dort, wo Bund und Land Maßnahmen gemeinsam finanzieren, wie im Bereich des Hochschulbaus oder in der Wirtschaftsförderung, müssen die finanzschwachen Länder stärker entlastet und ihr Eigenanteil an mischfinanzierten Programmen reduziert werden. Nur so können strukturell benachteiligte Länder gegenüber finanzstarken Regionen, die von vorneherein über größere finanzielle Ressourcen verfügen, aufschließen. Wir sagen „Ja“ zum föderalen Wettbewerb – dieser setzt aber gleiche Startbedingungen für alle voraus.

4.4. Verwaltungsreform und Bürokratieabbau werden konsequent vorangetrieben

Um das Saarland zum Vorreiter in Sachen Reform der öffentlichen Hand zu machen, soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die aufbauend auf den Ergebnissen der Deregulierungskommission und den im Herbst vorliegenden Ergebnissen des Gutachtens zur Funktionalreform entsprechende Vorschläge erarbeitet. Ihre Aufgabe ist es, die Verwaltung zu analysieren, Effektivierungspotenzial festzustellen und der Landesregierung präzise Handlungsvorschläge zum Verwaltungsumbau zu machen. Weniger Ressortdenken, mehr gemeinsame Arbeit im Sinne von Vereinfachung und Bürgernähe. Das ist für die CDU Saar Politik in drei Dimensionen.

Die Arbeitsgruppe soll dabei folgende Ziele verfolgen:

- den Austausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik durch geeignete Maßnahmen zu verbessern.
- das Entlohnungs- und Dienstsysteem der Abgeordneten, Minister und Staatssekretäre insbesondere im Hinblick auf die Versorgungssysteme grundsätzlich zu überarbeiten.
- sich im Rahmen der Debatte um die Modernisierung des öffentlichen Dienstrechts für die Beschränkung des Berufsbeamtentums auf die hoheitlichen Kernbereiche und die grundsätzliche Überarbeitung des BAT einzusetzen.

5. Bildung und Wissen sind Investition in die Zukunft!

Ohne Bildungsqualität keine Zukunftsfähigkeit – das gilt mehr denn je in der globalisierten Wissensgesellschaft von heute. Die CDU Saar steht daher für eine Bildungs- und Hochschulpolitik, die sich dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet sieht und die Zukunftschancen der jungen Menschen unseres Landes im Blick hat. Die CDU Saar ist festen Willens, das Saarland zu einer besonders bildungsfreundlichen und leistungsstarken Region in Deutschland zu machen.

5.1 Wir sichern Qualität durch Leistung in der allgemeinen Schulbildung

- Wir fordern daher mit allem Nachdruck die Fortsetzung der von der Landesregierung eingeleiteten „Bildungswende“ im Saarland. Sicherung der Unterrichtsqualität, Rückkehr zum Leistungsprinzip, Einführung des Benimmunterrichts, Förderung einer neuen, modernen Lernkultur – mit all diesen Reformmaßnahmen sorgen wir nicht nur für bessere Schulen und Schulleistungen, wir verbessern damit auch die beruflichen Entwicklungschancen und die Lebensperspektiven der Kinder und Jugendlichen in unserem Land.

Insbesondere gilt es, in allen Schulformen landesweit zentrale Vergleichsarbeiten umzusetzen, um Leistungsmessung zu ermöglichen und dadurch Leistungsanreize zur Qualitätssicherung zu bieten. Im Gegenzug fordert die CDU Saar ein höchstmögliches Maß an institutioneller Selbstständigkeit für die Schulen. Wir wollen weniger Bürokratie und mehr Verantwortung vor Ort in sachlich und personell angemessen ausgestatteten Schulen.

Damit die konsequente Ausrichtung saarländischer Schulen nach dem Leistungsgedanken gelingt, wird das Kultusministerium neben seinen Verwaltungs- und Kontrollaufgaben stärker als Dienstleister für die saarländischen Schulen arbeiten. Dies gilt insbesondere für folgende Bereiche:

- Organisation der oben angesprochenen Vergleichstests. Leistungsvergleiche fördern Wettbewerb und sichern einen Qualitätsstandard. Im Saarland werden intensive Vergleichstests zwischen Schülern, Lehrern und Schulen eingeführt.
- Anlaufstelle für Schüler und Eltern. Das System der Vertrauenslehrer hat sich in einigen Fällen als wenig wirksam erwiesen. Eltern haben nach wie vor große Hemmungen, an ihrer Schule Probleme mit Lehrern mitzuteilen. Deshalb gibt es als Ergänzung hierzu im Bildungsministerium zukünftig ein ‚Eltern- und Schülerbüro‘, das als Anlaufstelle für Probleme dient.
- Erweiterung und grundlegender Umbau des Bildungsservers. Der Bildungsserver wird die zentrale Informationsquelle für Lehrer, Schüler und Eltern. Alle Lehrpläne werden dort veröffentlicht und für Schüler und Eltern erklärt. Lernziele sowie Kontrollmöglichkeiten für Eltern und Schüler, ob Lehrer den Stoffplan einhalten werden transparent gemacht. Darüber hinaus haben Lehrer die Möglichkeit, Unterrichtsmaterialien in Form von Folien, Präsentationen, Kopiervorlagen u. ä. abzurufen, die an die Inhalte der Lehrpläne angeknüpft sind.

Die Entwicklung der Lerninhalte erfolgt interaktiv: Jeder Lehrer hat die Möglichkeit, Ausarbeitungen einzureichen und zu veröffentlichen. Werden Materialien von Lehrern genutzt (Bewertung durch Expertengremium), erhält der Urheber eine Leistungsprämie.

Zum Unterricht der Zukunft gehört die Ausstattung der Klassenräume mit Laptops, Videobeamer, einer Leinwand etc.

Die CDU-Landesregierung wird sich im Rahmen der haushaltsmäßigen Gegebenheiten für die Realisierung dieser Forderung einsetzen.

- Verantwortungsvolle Bildungspolitik muss die Interessen der jungen Menschen in den Vordergrund stellen. Dazu gehört zunächst hervorragend ausgebildetes Lehrpersonal. Hierzu strebt die CDU Saar die Wiedereinrichtung einer saarländischen Lehrerbildung für Grund- und Hauptschulen an. Wir setzen uns für ein neues Lehrbildungsgesetz mit einem verbesserten Praxisbezug und eine effizientere Lehrerfortbildung ein.

Zu einer verantwortungsvollen Bildungspolitik gehören zudem ein Höchstmaß an qualifizierter Allgemeinbildung, kurze Ausbildungszeiten wie auch sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten in der Freizeit. Mit der Einführung des achtjährigen Abiturzyklus hat die saarländische Landesregierung bundesweit Zeichen gesetzt. Jetzt gilt es, durch die Anpassung der Stundentafeln an die der übrigen G8-Länder den Nachmittagsunterricht auf ein unvermeidbares Maß zu reduzieren. Zeitgleich fordert die CDU Saar, in der gymnasialen Oberstufe der Allgemeinbildung Vorrang vor der Spezialisierung den Vorrang zu geben. Der Fächerkanon der weiterführenden Schulen führt zu unzähligen Überschneidungen und oftmals dazu, dass statt Allgemeinbildung nie mehr benötigtes Spezialwissen vermittelt wird. Deshalb wird die CDU Landesregierung eine grundlegende Neuordnung und sorgfältige Ausarbeitung der Lehrpläne vornehmen.

Im Fach Mathematik liegt wieder ein stärkerer Wert auf Kopfrechnen und dem Beherrschen von Grundlagen, Medienkompetenz fließt stärker in alle Fächer ein und in allen Fächern soll stärker als bisher das freie Sprechen eingeübt werden. An die Stelle der allgemeinen Spezialisierung soll die gezielte Talentförderung im saarländischen Schulwesen treten, wie beispielsweise durch das Sportgymnasium am Saarbrücker Rotenbühl oder durch die Einführung von Praxistagen in den Hauptschulbildungsgang.

Die CDU Saar setzt sich darüber hinaus für ein Projekt ‚Virtuelles Haus des Rechts‘ ein. Hier wird in Zusammenarbeit mit der Universität und der saarländischen Justiz und Polizei das Thema ‚Rechte und Pflichten in der Bundesrepublik Deutschland‘ schülergerecht aufgearbeitet.

Mit diesen Materialien werden Lehrer in die Lage versetzt, Schülern zu erklären, was z. B. Kriminalität (insbesondere Diebstahl, Gewaltdelikte etc.) oder Schulden & Eigentum bedeuten. Die hier erarbeiteten Inhalte sollen in Lehrpläne umgesetzt und praxisnah unterrichtet werden.

- Die CDU bekennt sich zur Förderung geistiger Eliten. Mit der Einrichtung der Beratungsstelle Hochbegabung hat die Landesregierung im Jahr 2000 die Voraussetzung zur systematischen Förderung hochbegabter Kinder und Jugendlicher geschaffen. Die bereits bestehenden Förderangebote sollen in Zukunft stetig zu einem landesweiten Netzwerk ausgebaut werden. Darüber hinaus wird die Einrichtung einer zentralen Akademie für Hochbegabte

angestrebt. Dort erhalten Kinder und Jugendliche während der Schulzeit ein zeitlich begrenztes spezielles Unterrichtsangebot, das ihren besonderen Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht.

Parallel dazu müssen die Lehrerinnen und Lehrer weiter sensibilisiert und qualifiziert werden, damit sie hochbegabte Schülerinnen und Schüler rechtzeitig erkennen und fördern können.

- Unter Verantwortung der CDU Saar sind die Angebote ganztägiger Betreuung im Saarland wesentlich erweitert worden. Unser Ziel ist, jedem darauf angewiesenen Schüler ein Angebot zur Nachmittagsbetreuung machen zu können. Wir sprechen aus daher für ein landesweites, bedarfsgerechtes Netz von wohnortnahen Freiwilligen Ganztagschulen aus. Dies darf jedoch nicht zur Vernachlässigung des Pflichtunterrichts am Vormittag führen, so dass die CDU Saar gleichzeitig eine Unterrichtsgarantie an den Grundschulen bis 13.00 Uhr täglich anstrebt und für erforderlich hält. In diesem Rahmen ist auch der Ausbau der Stundentafeln an den Grundschulen auf 100 Jahreswochenstunden anzustreben.
- Die saarländischen Schulen öffnen sich den Vereinen und Gruppen. Insbesondere im sportlichen und kulturellen Bereich werden Schulen verpflichtet, die Vereine ihrer Region anzusprechen, um Schnupperkurse und/oder Trainingseinheiten anzubieten. Regelmäßig sollen an allen Schulen künftig Vereinsbörsen stattfinden, wo sich Schüler und Eltern über die Arbeit der Vereine der Umgebung informieren können. Die im Saarland traditionell starken ehrenamtlichen Strukturen müssen stärker mit der Schule vernetzt werden. Dazu sollen die Angebote der freiwilligen Ganztagschule und auch die bisher angebotenen Veranstaltungen wie Sportfeste oder Projektwochen stärker genutzt werden.
- Nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft kann und soll Bildung möglichst früh ansetzen. Bereits im Vorschulalter sind Kinder aufnahmebereit, ja aufnahmewillig für die Vermittlung von Wissen. Die CDU Saar fordert daher, dass die schulische Frühförderung bereits im dritten Kindergartenjahr beginnt. Augenmerk soll hier vor allem auf die Sprachförderung gelegt werden, was in besonderem Maße für ausländische Schüler gilt. Vor Eintritt in die Grundschule muss gerade auf diesem Gebiet die Chancengleichheit aller Schüler garantiert werden. Gleichzeitig muss der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule flexibler gestaltet und die Zusammenarbeit beider fest institutionalisiert werden. Spätestens mit sechs Jahren – auf freiwilliger Basis sogar schon früher – sollen Kinder eingeschult werden. Die CDU Saar ist sich über die weitreichende Bedeutung einer solchen Reform des Vorschulwesens bewusst. Wenn sie gelingen soll, dann müssen die Eltern hiervon überzeugt und in die Planungen und Maßnahmen einbezogen werden. Deshalb tritt die CDU Saar für die Einrichtung einer Landeselternvertretung für die Kindergärten ein.
-
- Die CDU Saar spricht sich nachdrücklich für eine Stärkung der Qualitätssicherung im Bereich der allgemeinbildenden Schulen aus. Dazu gehört zunächst die permanente Selbstüberprüfung der einzelnen Schulen im Hinblick auf die inhaltliche, methodisch-didaktische und organisatorische Qualität des Unterrichts sowie der daraus resultierenden Erziehungs- und

Bildungserfolge; zu diesem Zweck müssen innovative schulspezifische Methoden der Selbstevaluation (Qualitätszirkel, Personalentwicklung auf der Basis eines systematischen Fortbildungskonzeptes, Entwicklung von Instrumenten der Ergebnismessung etc.) entwickelt und im Sinne einer systemischen Organisationsberatung eingesetzt werden. Durch die Einführung eines modernen Qualitätsmanagements in den saarländischen Schulen setzen wir den begonnenen Weg zur Steigerung der Unterrichtsqualität konsequent fort und tragen auch in Zukunft dazu bei, das saarländische Schulwesen zu einem „Markenzeichen“ christdemokratischer Politik zu machen.

- ☐
- ☐ Wir fordern die saarländische Landesregierung auf, in einem ordentlichen Wettbewerbsverfahren einen renommierten Schulbuchverlag auszuwählen, um in Zusammenarbeit mit diesen für die Klassenstufen 1 bis 4 der Grundschulen ein umfassendes „Grundschul-Buch“ zu entwickeln; dieses zentrale Schulbuch soll die wesentlichen Unterrichtsinhalte dieses Unterrichtszeitraumes in einem einheitlichen Werk zusammenfassen. Das inhaltlich wie methodisch-didaktische Konzept dieses Buches muss so gestaltet sein, dass es für mehrere Jahre ohne Überarbeitung für den Unterrichtsgebrauch tauglich bleibt und möglicherweise auch anderen Bundesländern zur Verwendung angetragen werden kann. Zu diesem Zweck ist eine entsprechende Grundschul-Buch-Kommission einzusetzen.

5.2 Wir wollen qualifizierte Fachkräfte durch moderne Berufsausbildung

- ☐ Sowohl die Ausstattung der Berufsschulen als auch die Qualität des Lehrangebots sind für eine fundierte und zukunftsweisende Berufsausbildung unerlässlich. Aus diesem Grund fordert die CDU Saar, die begonnene Qualitätsoffensive fortzusetzen. Nach langen Jahren des Ausblutens hat die saarländische Landesregierung die Qualität des Lehrangebots im Berufsschulwesen wieder gestärkt und die Ausstattung der Berufsbildungszentren vor allem im Medien- und Technologiebereich verbessert. Auf der Grundlage des Schulversuchs „BBZ plus“, wollen wir allen Berufsbildungszentren ein höheres Maß an Eigenverantwortung und Selbstverwaltung gewähren. Wir wollen in der dualen Ausbildung den Nichtversetzungsvermerk wieder einführen. Die Dauer des Ausbildungsverhältnisses verlängert sich dadurch um ein Jahr.
- ☐ Auch in der Berufsausbildung gilt: Nur die Anpassung an neue Herausforderungen garantiert Zukunftsfähigkeit. Aus diesem Grund fordert die CDU Saar mehr Praxisklassen in Zusammenarbeit mit den Landkreisen. Zudem gilt es, die Bedeutung der Berufsschulen stärker ins Bewusstsein zu heben. Dies kann zum einen erreicht werden durch die Anerkennung der berufsschulischen Leistungen in den Abschlussprüfungen der Kammern, zum andern könnten Zertifizierungen der einzelnen Berufsbildungszentren das Qualitätsniveau der einzelnen Einrichtungen transparent und öffentlich machen.

- Unser Ziel ist es, auch weiterhin jedem Jugendlichen der ausbildungsfähig und ausbildungswillig ist, einen Ausbildungsplatz anzubieten. Dies setzt Maßnahmen zur Erhaltung des Ausbildungsplatzangebotes und zur Verbesserung der Ausbildungsreife voraus. Den Interessen weniger theoretisch und stärker praktisch begabter Jugendlicher ist durch die Modularisierung der Ausbildung und die Anerkennung spezifischer Berufsbilder Rechnung zu tragen. Die saarländische Landesregierung wird aufgefordert, ihre Initiativen zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes im Saarland fortzuführen.
- An vielen erfolgreichen Projekten im Saarland sieht man: Es gibt akuten Bedarf, praxisnah Wirtschaftsthemen an die Schulen zu bringen. Die CDU Saar wird dies vom freiwilligen Angebot zum im Lehrplan verankerten Pflicht-Thema zu machen. Deshalb sollen die Projekte zusammengeführt und vom Kultusministerium koordiniert werden.
 - Im Fach Sozialkunde werden künftig verstärkt Wirtschafts-Themen unterrichtet
 - Jede Schule führt verpflichtend Veranstaltungen zum Thema ‚Wirtschaft & Arbeitsleben‘ durch, wo Schüler sich informieren und Zukunftspläne fassen können.

Die wissenschaftlichen Erfolge saarländischer Professoren und die interessanten Forschungsgebiete in den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern sollen an saarländischen Schulen vermittelt werden. In Zusammenarbeit mit der Universität des Saarlandes prüft das Kultusministerium, welche Forschungsinhalte als Anschauungsbeispiele in den Schulunterricht (Physik, Chemie, Biologie, Mathematik, Informatik) eingebaut werden können.

Darüber hinaus sollen Gymnasien Veranstaltungen mit Saar-Wissenschaftlern und deren Mitarbeitern an den Schulen anbieten. Dort werden Fächer vorgestellt, Experimente und anschauliche Beispiele vorgeführt.

Außerdem wird das bundesweite Projekt „Jugend forscht“ noch stärker gefördert.

Die Lehrpläne aller Fächer sollen in allen Schulformen dadurch ergänzt werden, dass geregelt ist, wo verpflichtend Computertechnologie und multimediale Anwendungen in den Unterricht einbezogen werden. Jeder saarländische Schüler ist – unabhängig vom Schulabschluss – nach erfolgreicher Beendigung der Schullaufbahn ein geschulter PC-Anwender. Lehrer müssen diese Befähigung erlernen, nachweisen und vermitteln können. Die Nutzung von Standardsoftware (Text, Tabellenkalkulation, Präsentationen, ...) ist obligatorisch. Internet und Multimedia-Technik werden in den Unterricht eingebaut.

Aus zahlreichen saarländischen Projekten (wie z. B. SEMIK) in diesem Bereich soll ein Pflichtprogramm für alle Schulen werden.

5.3 Wissenschaft und Forschung als Schlüssel zur Zukunft

- Für die CDU Saar ist die forcierte und erfolgreiche Umsetzung der von der saarländischen Landesregierung unter Ministerpräsident Peter Müller entwickelten Innovationsstrategie von zentraler Bedeutung für die Attraktivität unseres Landes als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort. Die Universität des Saarlandes sowie die Fachhochschulen sind als Schrittmacher des Strukturwandels in der Saarwirtschaft von zentraler Bedeutung. Unsere Hochschulen müssen in der Lage sein, sich in einem zunehmend härteren internationalen Wettbewerb um Studienanfänger, Forschungsaufträge und Fördermittel zu behaupten.

- Um die Grundlagen für Wettbewerbsstärke, Spitzenforschung und die Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte zu verbessern, muss die Modernisierung der Hochschulen in der nächsten Legislaturperiode – trotz der finanzwirtschaftlichen Notlage – mit besonderem Nachdruck weiter vorangetrieben werden. Hierbei gilt es insbesondere, den Universitätscampus in Saarbrücken und Homburg trotz reduzierter Hochschulbaumittel des Bundes weiter auszubauen und die Campus-Rahmenplanung konsequent umzusetzen. Künftig darf auch die Einführung von Studienbeiträgen im Gleichklang mit anderen Bundesländern bei gleichzeitigem Angebot günstiger Studentenkredite und attraktiver Stipendien kein Tabu mehr sein. Allerdings müssten diese Mittel ausschließlich der Universität im Rahmen ihrer Finanzhoheit zufließen. Entscheidend für den Zugang zur Hochschule ist die fachliche Neigung und Leistung des Einzelnen. Jede Form von sozialer Auslese lehnen wir ab. Dem ist durch die Gestaltung des Universitätszugangs und der Studienbedingungen Rechnung zu tragen. Ziel muss es sein, dass die Universität ihre Studierenden selbst aussuchen kann. Ihr allein muss es obliegen, welche Kriterien die Bewerber für den jeweiligen Studiengang erfüllen müssen. Das bedeutet die Abkehr vom zentralen Vergabesystem der ZVS. Darüber hinaus muss die Universität aber auch fähig sein, eine solche Auswahl sinnvoll durchzuführen. Daher bedarf es eines konkreten Verfahrensmodells, welches das Vergabesystem der ZVS ersetzen kann, finanzierbar ist und die neuen Möglichkeiten effizient nutzt. Die CDU Saar fordert deshalb innerhalb der nächsten zwei Jahre eine konkrete Vorbereitung eines solchen Aufnahmesystems seitens der Uni, welches im Wesentlichen von den Lehrstühlen getragen sein muss.

- Die vorhandenen Kompetenzzentren – vor allem in den Bereichen Informations- und Kommunikationswissenschaft, Nano- und Biotechnologie, der Bioinformatik und Biomedizin sowie der Künstlichen Intelligenz und Neuen Materialien sollen zielstrebig weiterentwickelt werden. Vor allem müssen universitäre und außeruniversitäre Institute untereinander und zunehmend auch mit Einrichtungen der SaarLorLux-Region vernetzt werden. Zudem fordert die CDU Saar die Landesregierung auf, in ihrem Bemühen um die Ansiedlung weiterer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen nicht nachzulassen. Denn dies ist nach unserer

Auffassung unerlässlich, um das Profil unseres Wissenschaftsstandortes weiter zu schärfen und seine Kompetenz zu stärken. Hierzu dienen zusätzlich leistungsorientierte Mittelvergaben, eine verstärkte Internationalisierung der Studienangebote und die konsequente Umstellung auf Bachelor/Master-Abschlüsse. Die CDU Saar will unser Land zu einem Wissenschaftsstandort entwickeln, der attraktiv ist für Forscher, Lehrende und Studierende aus aller Welt.

- Die Struktur des deutschen Hochschulwesens, speziell die Fixierung auf das Berufsbeamtentum, lässt wenig Spielraum, Spitzenleistungen seiner Forscher entsprechend zu honorieren und zu fördern.

Um dies zu ermöglichen wird die CDU Saar die Gründung einer Saar-Akademie der Wissenschaft in der Rechtsform einer Stiftung vorantreiben. Diese soll attraktive Saar-Wissenschaftspreise stiften, die an hervorragende Saarwissenschaftler verliehen werden. Des Weiteren sollten zukunftssträchtige Forschungsfelder durch die Finanzierung von mehreren Wissenschaftlichen Mitarbeiter- oder Assistentenstellen incl. deren Arbeitsplatzausstattung gefördert werden, ebenso wie die bessere Ausstattung von Institutsbibliotheken oder die Anschaffung von Großgeräten.

Entscheiden über die Förderungsanträge oder die Vorschläge für den Saar-Wissenschaftspreis soll ein Gremium, welchem Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft angehören. Um externen Sachverstand stärker an das Saarland zu binden, schlägt die CDU Saar vor, dass das Gremium neben ansässigen Saarländern paritätisch mit Externen besetzt wird.

- Die CDU Saar bekennt sich auch im Wissenschaftsbereich zu Leistung, Elite und Exzellenz. Elitehochschulen können aber nicht von oben verordnet werden, sondern müssen sich im Wettbewerb herauskristallisieren. Staatliche Eliteförderungen müssen dem Rechnung tragen. Mittelvergaben haben auf der Basis fairer Wettbewerbe zu erfolgen. Unsere exzellenten saarländischen Forscher haben einen Anspruch auf Beteiligung an fair ausgestalteten Exzellenzwettbewerben.
- Zudem fordert die CDU Saar, bei den neuen Verhandlungen für den Globalhaushalt ab 2007 eine Verwaltungsquote in den Zielvereinbarungen zwischen Land und Uni festzuschreiben, die die Verwaltungskosten in Form einer deutlichen Reduzierung deckelt. Die Forschung und Lehre muss wieder deutlicher in den Vordergrund der finanziellen Förderung gerückt werden.

6. Wir setzen auf Nachhaltigkeit als Basis von sozialer Sicherheit!

Kerngedanke unserer Politik der Nachhaltigkeit ist, wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Sicherheit und ein ökologisches Gleichgewicht als Ganzes zu sehen und den zeitgemäßen Herausforderungen entsprechend zu entwickeln. Daher achten

wir – bei aller Wirtschaftsfreundlichkeit unserer Politik – auf ein ausgewogenes Verhältnis von Naturverbrauch und Naturschutz. Daher arbeiten wir – bei aller Erfolgsorientierung unserer Politik – für eine humane Gesellschaft des solidarischen Miteinanders. Daher stärken wir – bei aller Verantwortung des Staates für die Bewältigung der Globalisierung und der Bevölkerungsentwicklung – das bürgerschaftliche Engagement. Daher sorgen wir auch in Zukunft dafür, dass die benachteiligten Bevölkerungsgruppen – Arbeitslose und Kranke, Alte und Behinderte – in einem Netz der Solidarität und Mitmenschlichkeit aufgefangen werden. In einer Zeit dynamischer Veränderungsprozesse und tiefreichender Umbrüche in unserer Gesellschaft kommt es in besonderer Weise darauf an, den Menschen ein würdiges Leben im Alter, Gesundheit und soziale Sicherheit zu gewährleisten und gleichzeitig den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen nicht zu vernachlässigen.

6.1 Flächen- und Siedlungsmanagement in Zeiten des demographischen Wandels

- Durch die demografische Entwicklung wird der Druck auf die Landschaft sinken. Dadurch wird es möglich, ganze Flächen wieder vollständig der Natur zu überlassen. Das geschieht schon jetzt im Urwald vor den Toren der Landeshauptstadt Saarbrücken auf einem Areal von 1011 ha. Mit dem Umbau des Jagdschlusses Neuhaus wird ab Herbst 2004 ein attraktives Tor zu diesem Urwald zur Verfügung stehen. Mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt wird dieser Urwald zu einem stadtnahen Naturerlebnisraum einzigartiger Qualität. Die CDU Saar tritt für die Schaffung weiterer Naturerlebnisräume ein. Hierfür eignen sich insbesondere auch die Flusslandschaften von Saar und Blies, wo die Entstehung von ganzen naturbelassenen Auenwäldern möglich sein wird. Dies wäre nicht nur eine Bereicherung der heimischen Fauna und Flora, dies wäre auch ein Beitrag zum vorbeugenden Hochwasserschutz.
- Parallel zur Entstehung neuer Naturlandschaften gilt es, die im Saarland besonders stark zersiedelte und zerschnittene Landschaft wieder stärker zu vernetzen. Aus diesem Grund fordert die CDU Saar, ab dem Jahr 2005 den Landesentwicklungsplan fortzuschreiben mit dem Ziel, eine qualitätsvolle Weiterentwicklung städtischer und dörflicher Siedlungsstrukturen bei sparsamster Inanspruchnahme neuer Fläche zu ermöglichen. Gleichzeitig fordert die CDU Saar ein Programm zur Verhinderung der drohenden Ortskernverödung durch leerstehende Gebäude. Hier sollten in ausgewählten Gemeinden Modellprojekte zur innovativen Gebäudenutzung aufgelegt werden, um die Ortskerne als lebendige Mitte unserer Städte und Gemeinden zu erhalten. Künftig ist es notwendig, der Pflege und Qualitätssicherung unserer bestehenden Bausubstanz Vorrang zu geben vor der Schaffung neuer Bausubstanz. Die Belebung der Ortskerne hat Vorrang vor der Inanspruchnahme neuer Flächen.

6.2 Partnerschaft zwischen Natur und Mensch

- Natur und Heimat bilden das Rückrat des Menschen im Zeitalter der Globalisierung. Dieses Rückrat muss umso mehr gefestigt werden, je mehr

der Prozess der Globalisierung fortschreitet. Ziel der CDU Saar ist es, hierfür kreative Konzepte zu entwickeln und diese auch engagiert umzusetzen. Ein Modellbeispiel ist die derzeit entstehende Biosphärenregion Bliesgau, die urwüchsige Naturlandschaft, Landwirtschaft und traditionelles Handwerk mit modernen Dienstleistungen besonders im Bereich Tourismus verbindet. Die CDU Saar fordert, dieses Projekt zügig umzusetzen, ohne aber bestehende Nutzungsbereiche in ihrer Entwicklung unverhältnismäßig stark einzuschränken. Darüber hinaus soll das in der Biosphärenregion gelegene ökologische Schullandheim in Gersheim zu einem europäischen Bildungszentrum für Kinder und Jugendliche weiterentwickelt werden.

- Das Saarland verfügt über eine reizvolle Natur- und wertvolle Kulturlandschaft, deren einzelne Facetten nach Ansicht der CDU Saar noch deutlicher herausgestellt und noch besser in abgerundeten Konzepten den Menschen nahegebracht werden können. Ein Beispiel ist das Programm „Weitblick – Ausblick“, das die Hügellandschaft des Saarlandes zum Gegenstand hat. Sowohl natürliche Hügel wie etwa der Schaumberg oder der Weiselberg als auch hügelförmige Kulturzeugnisse wie etwa der Keltenringring in Otzenhausen oder die zahlreichen Bergehalden sollen als besonders ausgewiesene Aussichtspunkte einen neuen Blick auf unser Land eröffnen. Die CDU Saar fordert, weitere Facetten unserer Natur- und Kulturlandschaft in ähnlichen Konzepten zusammenzufassen und gemeinsam mit unseren Partnern im SaarLorLux-Raum grenzüberschreitend zu verwirklichen.
-
- Zur Erhaltung einer attraktiven Landschaft ist es unabdingbar, eine flächendeckende Landbewirtschaftung im Saarland zu erhalten.

Trotz strukturbedingter abnehmender Zahl landwirtschaftlicher Betriebe ist es eine wichtige Aufgabe der CDU, Voraussetzungen zu schaffen, die der Landwirtschaft in ihrer vielseitigen Form von konventionell bis alternativ, von intensiv bis extensiv, die Möglichkeiten bieten ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften. Ohne die Landwirtschaft ist die historisch gewachsene Kulturlandschaft, das Aushängeschild für den Tourismus und Fremdenverkehr, weder finanziell noch arbeitsmäßig zu erhalten.

- Das Bewusstsein für die Partnerschaft zwischen Mensch und Natur muss schon in frühen Jahren geschaffen werden. Nach dem von der Landesregierung erfolgreich initiierten Programm „KlasseSchule“ zur ökologischen Modernisierung unserer Schulgebäude und der entsprechenden Begleitung im Unterricht tritt die CDU Saar für die Prüfung eines analogen Programmes für die Kindergärten ein. Ziel soll es dabei nicht nur sein, auch die Kindergärten ökologisch zu modernisieren. Vielmehr geht es auch darum, schon früh die Grundlagen für die ökologische Verantwortung des Menschen zu legen. Weiter fordert die CDU Saar, auch außerhalb von Schule und Kindergarten Jugendlichen dieses Bewusstsein nahe zu bringen. Hierfür müssen insbesondere bereits bestehende Einrichtungen wie das Waldkulturzentrum „Scheune Neuhaus“, das Ökologiezentrum Hofgut Imsbach wie auch das ökologische Schullandheim Gersheim entsprechend weiterentwickelt werden.

6.3 Umwelt zurückgewinnen und nachhaltig bewahren

- Lärm gehört zu den wenigen Umweltproblemen, die anders als etwa die Luftverschmutzung in den letzten Jahren eher zu- als abgenommen haben. Lärm in unterschiedlichster Form wird von vielen Menschen als die größte Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität wahrgenommen. Deshalb fordert die CDU Saar ein breit angelegtes Aktionsprogramm, um der Verlärmung unserer Umwelt entgegen zu wirken. Dies empfiehlt sich modellhaft insbesondere dort, wo bereits bestehende Umweltprogramme in Gang gesetzt wurden. Hier sollten an ausgewählten Stellen im Land Landschaftsräume entstehen, wo wieder Ruhe und Stille in besonderer Weise erlebt werden können.
- Das Saarland hat mit einem Anschlussgrad von mehr als 90 Prozent aller Haushalte inzwischen einen hohen Standard bei der Gewässerreinigung erreicht. Dennoch müssen noch erhebliche Investitionen für den Bau von Sammlern und Kläranlagen investiert werden, um überall, wie von der EU verpflichtend gefordert, einen guten ökologischen Zustand der Fließgewässer zu erreichen. Die CDU Saar fordert daher, modellhaft das Projekt „Baden in der Saar“ energisch voranzutreiben. Die Saar muss wieder zu einem attraktiven Badegewässer werden, dass in seiner Wasserqualität über die von der EU geforderten Standards hinausgeht.
- Das Energieland Saarland ist im Umbruch: Neben der Kohle als traditioneller Basis der heimischen Energiewirtschaft gewinnen erneuerbare Energien zunehmend an Bedeutung. Zum Schutz unserer Atmosphäre vor einem unmäßig hohen Eintrag an klimaschädlichem Kohlendioxid fordert die CDU Saar die konsequente Fortsetzung der begonnenen Dreifachstrategie: Steigerung der Effizienz bei der Nutzung traditioneller Energieträger, Ausbau der erneuerbaren Energien (vor allem Biomasse und Sonne; Windkraft nur insoweit, als Landschaftsbild und Anwohner nicht beeinträchtigt werden) und gezielte Förderung innovativer Modellvorhaben. Auch soll das Zukunftsenergieprogramm ZEP plus mit der Förderung von Projekten zur Biomassennutzung (vor allem Holz), der Energieeinsparung (etwa durch Wärmedämmung) und Effizienzsteigerung (etwa durch den Einsatz von Blockheizkraftwerken) weitergeführt werden.

6.4 Reform der Umweltverwaltung

- Angesichts geringer werdender finanzieller Spielräume kann die Umweltverwaltung nicht weiter ausgedehnt werden. Um trotz wachsender Aufgaben die Einhaltung hoher Umweltstandards sicher stellen zu können, müssen daher interne Reibungsverluste innerhalb der Umweltbehörden minimiert werden. Deshalb fordert die CDU Saar, in den kommenden Jahren die Umweltverwaltung des Saarlandes grundlegend zu reformieren. Primär muss es dabei darum gehen, mehr Leistungen mit gleicher Personal- und Finanzausstattung anzubieten.
- Neben der Reform der Umweltverwaltung fordert die CDU Saar die konzentrierte Kooperation der Umweltverwaltung mit dem Akteuren im

Umweltbereich. Gerade im Umweltbereich, wo das Verhalten eines jeden einzelnen maßgeblich ist, kommt es auf die Verwirklichung der aktiven Bürgergesellschaft an. Aus diesem Grund ist die enge Partnerschaft zwischen Zivilgesellschaft und Staat zur Erhaltung unserer Umwelt zwingend notwendig. Kooperationsprojekte, wie beispielsweise der Umweltpakt Saar, müssen daher permanent fortentwickelt und ausgebaut werden.

6.5 Vorrang für Gesundheit und Verbraucherschutz

- In Zeiten des rasanten technologisch-wissenschaftlichen Fortschritts, der zunehmenden Komplexität unserer Sozialsysteme und der fortschreitenden Verrechtlichung zahlreicher Lebensbereiche ist der Bürger als Verbraucher in wachsendem Maße auf Beratung und Schutz angewiesen. Die CDU Saar fordert:
 - einen konsequenten Verbraucherschutz nach den Maximen „Kontrolle, Transparenz und Ehrlichkeit“;
 - die zügige Fertigstellung des Neubaus für das Landesamt für Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitsschutz, um damit die räumlichen und technischen Voraussetzungen für eine Optimierung der Arbeit im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher zu schaffen;
 - die Unterstützung des Projektes „Patientenberatung“ auf Landesebene in Ergänzung zu dem derzeit noch laufenden Bundesmodellprojekt;
 - eine qualitativ hochwertige Verbraucherinsolvenzberatung;
 - die Initiierung eines modernen und den Anforderungen der Praxis gerecht werdenden Verbraucherinformationsgesetzes auf Bundesebene;
 - die Vertiefung der Kooperation im Bereich der Lebensmittelüberwachung und der Viehseuchenbekämpfung auf europäischer Ebene, insbesondere mit Frankreich und Luxemburg;
 - die Lebensmittelkontrolle wieder in den Bereich der Länderkompetenzen zu übertragen;
- Zeitgemäße Gesundheitspolitik im Zeichen der Nachhaltigkeit erfordert vor allem Förderung von medizinischem Wissen auf allen Ebenen. Dies beginnt bei der breiten Bevölkerung und führt bis hin zu den beruflich im Gesundheitswesen Beschäftigten. Die CDU Saar fordert deshalb:
 - die Fortführung der erfolgreichen Präventionskampagnen der saarländischen Landesregierung;
 - die Bekämpfung des Drogenmissbrauchs schon im Vorfeld an den Schulen durch Aufklärungsarbeit;

- die Förderung und Weiterführung der Qualitätssicherung und Standardisierung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Gesundheitsbereich;
 - grenzüberschreitende Modellprojekte in der Gesundheitspolitik, um die einzigartige Chance des internationalen Erfahrungsaustauschs im Herzen Europas zu nutzen;
- Ein effizientes und leistungsfähiges Krankenhaussystem ist Kernelement eines hoch standardisierten Gesundheitswesens. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Kostenexplosion sind hier jedoch zukunftsweisende Strukturanpassungen unabwendbar. Aus diesem Grund fordert die CDU Saar ein modernes Krankenhausgesetz, das den neuen Vergütungsstrukturen Rechnung trägt, eine zeitgemäße Krankenhausplanung ermöglicht und die Anforderungen an eine wohnortnahe Infrastruktur mit denen an eine wirtschaftliche Betriebsführung in Einklang bringt. Dabei müssen die Krankenhäuser bei den notwendigen Modernisierungs- und Anpassungsinvestitionen – insbesondere bei der Setzung von medizinisch sinnvollen Schwerpunkten - unterstützt und gefördert werden. Darüber hinaus legt die CDU Saar großen Wert auf den weiteren Ausbau der Notfallambulanzen zur Verbesserung der Versorgung außerhalb der hausärztlichen Dienstzeit.

6.6 Wir fördern die Familie und stärken das Miteinander der Generationen

- Intakte Familien sind nach wie vor Grundvoraussetzung für eine menschliche und zukunftsfähige Gesellschaft. Die Familie muss im Mittelpunkt jeder Gesellschaftspolitik stehen. Aus diesem Grund fordert die CDU Saar, grundsätzlich alle gesetzgeberischen Vorhaben im Rahmen der Normprüfung auf ihre Familienverträglichkeit zu überprüfen.

Insbesondere kinderreiche Familien dürfen nicht ins soziale Abseits geraten. Gleichzeitig ist es notwendig, Familienförderung an neue Herausforderungen anzupassen. Das heißt zum einen eine verstärkte Förderung von Teilzeitangeboten in allen Arbeitsfeldern, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein entsprechendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen auch unter Einbeziehung der betrieblichen Ebene und ein bedarfsgerechtes Angebot an Krippen- und Hortplätzen nach Maßgabe vorhandener Finanzmittel. Zum anderen gilt es darüber hinaus, die Eltern beim Erwerb von Erziehungskompetenz zu unterstützen. Hier sollte schon früh - beispielsweise im Schulunterricht der Sekundarstufe 1 - angesetzt werden. Aber auch Modelle der außerschulischen Vermittlung von Erziehungskompetenz müssen erarbeitet, erprobt und umgesetzt werden.

- In unserer älter werdenden Gesellschaft muss die Bedeutung und die Rolle der alten Menschen besonders beachtet werden. Wir wollen eine eigenständige und selbstbewusste ältere Generation, die ihre Kompetenzen aktiv in die Gesellschaft einbringt und die in keinem Lebensbereich an den Rand gedrängt wird. Entsprechend fordert die CDU Saar die modellhafte Entwicklung neuer Wohnformen, in denen ein Höchstmaß an Selbständigkeit mit einem Mindestmaß an Unterstützung einhergeht. Auch

müssen die Freizeitangebote in unserer Gesellschaft stärker als bisher auf die Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen ausgerichtet werden. Insbesondere gilt es, in der Arbeitswelt durch eine entsprechende Arbeitsgesetzgebung dafür Sorge zu tragen, dass Mitwirkungs-, Mitgestaltungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für ältere Menschen verbessert werden. Über altersspezifische Krankheitserscheinungen wie insbesondere die Altersdemenz muss breitwirkend im Vorfeld präventiv aufgeklärt werden, um zum einen den Krankheitsverlauf beim Eintreten zu dämpfen und zum andern die bestmögliche Betreuung und Versorgung durch Angehörige wie auch Fachkräfte zu ermöglichen. Um all diese Maßnahmen kompetent umzusetzen, bedarf es der aktiven Einbeziehung des Landesseniorenbeirats als Interessenvertretung wie auch als Sachverständigengremium.

- Jugend wird aufgrund der demographischen Entwicklung ein zusehends knapper werdendes Gut in unserer Gesellschaft. Insbesondere benachteiligten und gefährdeten Jugendlichen muss daher verstärkt unsere Aufmerksamkeit gelten. So müssen deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden, indem sowohl Landesmittel wie auch ESF-Gelder konzentriert für die Vermittlung arbeitsloser Jugendlicher in den ersten Arbeitsmarkt verwendet werden und indem spezielle Förderkurse lernschwache Schüler zumindest zum Hauptschulabschluss führen. Die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schulen muss intensiviert werden. Zur Stärkung der sozialen Verantwortung Jugendlicher fordert die CDU Saar darüber hinaus, die Attraktivität eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres zu erhöhen.

6.7 Solidarität mit den Schwachen in unserer Gesellschaft

- Pflegebedürftige benötigen professionelle Hilfe bei gleichzeitiger Beibehaltung des vertrauten Umfeldes. Aus diesem Grund tritt die CDU Saar für eine kapitaldeckungsorientierte Fortentwicklung der Pflegeversicherung auf Bundesebene ein. Daneben fordert die CDU Saar die Einführung eines Anspruchs auf Pflegezeit, die den Menschen das Engagement für die Pflege von Angehörigen ermöglicht, ohne dass sie den Anschluss an das Erwerbsleben verlieren. Gleichzeitig muss der Ausbau ambulanter und teilstationärer Pflegeangebote unterstützt werden, damit der Pflegebedürftige möglichst lange in seiner vertrauten Umgebung bleiben kann. Hierzu ist zu prüfen und modellhaft zu erproben, inwieweit das Angebot haushaltsnaher Dienstleistungen durch Dienstleistungsagenturen verbessert werden kann. Zur Garantie möglichst hoher Professionalität und damit zur Qualitätssicherung im Pflegewesen fordert die CDU Saar sowohl einen Modellversuch zur integrierten Pflegeausbildung nach den Standards des Berufsbildungsgesetzes als auch die Fortführung des Stufenausbildungsmodells in der Altenpflege.
- Behinderten muss in unserer Gesellschaft ein Höchstmaß an Partizipation ermöglicht werden. Die Barrierefreiheit muss hierfür in allen Lebensbereichen vorangetrieben werden. Für den Arbeitsbereich fordert die CDU Saar die modellhafte Erprobung von neuen Formen der Beschäftigung für Behinderte zwischen dem ersten Arbeitsmarkt und den klassischen

Werkstätten. Das im Saarland bereits begonnene Projekt der virtuellen Werkstatt für psychisch Behinderte soll dabei auch auf andere Arten der Behinderung ausgeweitet werden. Im Freizeitbereich müssen entsprechende kulturelle, sportliche und musische Angebote ebenso wie neue Tourismusangebote für Behinderte noch stärker als bisher gefördert werden. Soweit Feriengeld gewährt wird sind Familien mit Behinderten zu berücksichtigen. Gleichzeitig spricht sich die CDU Saar dafür aus, nach der inzwischen erfolgten Zuständigkeitsverlagerung der Eingliederungshilfe in den Kompetenzbereich des Landes neue Konzeptionen zur Stärkung und zum Ausbau ambulanter Hilfsangebote zu erarbeiten und umzusetzen. Um bei allen Maßnahmen und Planungen die Sicht der Behinderten selbst mit einfließen zu lassen, sollen die Behindertenvertretungen auf kommunaler wie auch auf Landesebene bestmöglich in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

7. Wir sorgen für Sicherheit und Ordnung!

Innere Sicherheit und öffentliche Ordnung in unseren Städten und Gemeinden liegen im besonderen Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Das tägliche Erleben von Verwahrlosung, Vandalismus und Zerstörung schreckt sie oft mehr als das spektakuläre Verbrechen. Kriminalitätsfurcht beeinträchtigt die Lebensqualität. Nur wer ohne Angst um sich, seine Familie und sein Eigentum leben kann und eine konsequente Verfolgung von Rechtsbrüchen durch den Staat erlebt, hat Vertrauen in unserem demokratischen Staat. Innere Sicherheit ist aber auch ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Saarland. Für die CDU Saar nimmt daher die Gewährleistung von Sicherheit, Recht und Ordnung und damit die Fortsetzung der Sicherheitspolitik der letzten Jahre eine hohe Priorität ein.

7.1 Für eine moderne und effektive Polizeiarbeit

- Die CDU Saar wird den seit dem Regierungswechsel im Jahre 1999 eingeleiteten Weg der Verbesserung der polizeilichen Organisation und Aufgabenwahrnehmung in den nächsten Jahren konsequent fortsetzen. Deshalb werden wir:
 - die Personal- und Einstellungspolitik des Landes langfristig anlegen, die Motivation unserer Polizeibeamten durch angemessene Beförderungsmöglichkeiten unterstützen und uns um die adäquate Umsetzung der Dienstpostenbewertung bemühen;

- dafür sorgen, dass Bewerbern mit mittlerem Bildungsabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung der Weg in den Polizeidienst offen steht.
 - darüber hinaus genau prüfen, welche Aufgaben nicht zwingend von einem Polizeivollzugsbeamten wahrgenommen werden müssen.
 - eine Leitstelle für die Polizei einrichten, die mittels eines zentralen Flottenmanagements die Einsatzzeiten und Präsenz der Polizei verbessert;
 - die kriminalpolizeiliche Organisation in der Fläche fortentwickeln;
 - den gemeinwesenorientierten Ansatz der Polizeiarbeit fortentwickeln und durch intelligente Dienstzeitmodelle und Einzelstreifen zur Tageszeit die sichtbare Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum zur Verstärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger einsetzen;
 - in Saarbrücken einen Zentralgewahrsam einrichten, der den Anforderungen des mehrtägigen Unterbindungsgewahrsams entspricht;
- Die Möglichkeiten der weltweiten Vernetzung durch das Internet gehen mit zahlreichen Missbrauchsmöglichkeiten einher. Straftäter nutzen das Internet schonungslos für ihre kriminellen Zwecke. Mit der Schaffung und personell verbesserten Ausstattung von Dienststellen des LKA und der KPI hat die saarländische Landesregierung bereits deutliche Signale zur Bekämpfung der Internetkriminalität gesetzt. Diese Bemühungen müssen in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Deshalb werden wir:
- die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz verstärken, damit die Justiz noch kompetenter und effizienter die Internetkriminalität aufarbeiten kann;
 - uns auf Bundesebene für eine Harmonisierung des Rechts, die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit, den Ausbau der Exekutivbefugnisse von EUROPOL und die Verbesserung des internationalen Informationsaustausches einsetzen;

7.2 Wir wehren den Anfängen – Sicherheit geht vor!

- Innere Sicherheit ist ohne eine konsequente Reaktion des Staates auf jegliche Form von Rechtsbrüchen nicht denkbar. Die CDU Saar wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Bagatellisierung alltäglicher Straftaten. Wir fordern die konsequente und schnelle Reaktion auf Ordnungsstörungen und werden weder Verwahrlosung im öffentlichen Raum noch rechtsfreie Räume dulden. Unabhängig von der Schwere von Rechtsbrüchen, darf es keine Ermittlungs- und Vollzugsdefizite bei der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung geben. Deshalb werden wir:

- zur Verhinderung schwerer Straftaten die Befugnisse der Polizei zur gefahrenabwehrenden Wohnraum- und Telekommunikationsüberwachung im Polizeigesetz verankern;
 - im Saarländischen Polizeigesetz die Möglichkeit zur automatisierten Fahndung mittels elektronischer Überwachung des fließenden Verkehrs schaffen;
 - uns für eine Fortentwicklung des Datenschutzrechtes einsetzen, die bei Beachtung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung einen optimalen Datenaustausch zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung zwischen allen Sicherheitsbehörden gewährleistet;
 - die Anwendung der DNA-Analyse ausweiten und den Richtervorbehalt bei DNA-Untersuchungen von Spuren abschaffen;
 - offene Drogenszenen in Stadt und Land nachdrücklich bekämpfen und die Rahmenbedingungen des Drogenhilfezentrums in Saarbrücken umfassend prüfen
 - eine gezielte Erkennung und Bekämpfung von Drogen im Straßenverkehr konsequent weiterverfolgen, keine Liberalisierung oder Legalisierung sogenannter weicher Drogen zulassen und den Gebrauch von Designerdrogen verstärkt bekämpfen
 - die Überbelegungssituation in der JVA Saarbrücken im Interesse der Strafgefangenen, aber auch des Vollzugspersonals beseitigen und dazu die Möglichkeit der baulichen Erweiterung unter Einbeziehung privater Investitionspartner prüfen;
- Die Kriminalitätsentwicklung bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden hält sich konstant auf einem zu hohen Niveau. Insbesondere die Zunahme der Gewaltanwendung ist besorgniserregend. Deshalb werden wir:
- die Qualifizierung der Jugendsachbearbeiter bei der saarländischen Polizei zur effektiven präventiven und repressiven Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität fortsetzen und intensivieren;
 - Präventionsprojekte mit Schwerpunkt Schule und Freizeitangebote ausbauen;
 - statt Jugendarbeit hinter verschlossenen Türen, dort Projekte fördern, wo aufsuchende Jugendarbeit geleistet wird. Die (von den Landkreisen und dem Stadtverband organisierte) Sozialarbeit in Projekten und in Jugendzentren findet oft in der Form statt, dass Sozialarbeiter darauf warten, dass die Probleme zu ihnen kommen. Dies soll sich ändern, denn es gibt zahlreiche Treffpunkte von Vandalen, an die sich viele Jugendliche nicht mehr hintrauen. Davor will die CDU nicht kapitulieren; deshalb fordern wir—Streetworker, die Angebote wie Sport und

Unterhaltung zu den Jugendlichen bringen und gleichzeitig verhindern, dass Jüngere von älteren Jugendlichen „rekrutiert“ werden.

- das Netzwerk gegen „Junge Intensivtäter“ ausbauen und das Initiativprogramm „Junge Intensivtäter“ landesweit umsetzen;
- durch Bundesratsinitiativen das Jugendstrafrecht reformieren, die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Heranwachsenden zur Regel und nicht zur Ausnahme machen, den „Warnschussarrest“ für Jugendliche und das Fahrverbot als eigenständige Nebenstrafe einführen,
- durch die Kampagne „Wer schmiert und sprüht, der putzt und zahlt“ Graffiti-Sprayern die Konsequenz ihres rechtswidrigen Tuns verdeutlichen;
- die Integration junger Aussiedler und ausländischer Kinder und Jugendlicher durch intensive Sprachförderung und verbesserte gesellschaftliche Einbindung, auch über unsere Vereine, optimieren;
- Anti-Schulschwänzer-Programm in Kooperation mit Schulen und Jugendhilfe auflegen, da kriminelle „Karrieren“ häufig mit dem Schulschwänzen beginnen;

7.3 Opferschutz geht vor Täterschutz! – Wir beugen vor

- Wenn auch eine wirksame Kriminalitätsvorbeugung der beste Opferschutz ist, so ist es doch möglich, dass jeder Bürger Opfer einer Straftat werden kann. Für den Staat ist daher der Schutz und die Fürsorge für die Opfer eine besondere Verpflichtung. Die CDU Saar wird den Opferschutz sichern und ausbauen sowie die rechts- und sozialpolitische Situation der Kriminalitätsoffer verbessern. Deshalb werden wir:
 - die Durchsetzung vermögensrechtlicher Ausgleichsansprüche wie Schadensersatz und Schmerzensgeld bereits im Strafverfahren sowie die Durchführung des Täter-Opfer-Augleichs verbessern;
 - uns für eine unbürokratische Anwendung des Opferentschädigungsgesetzes einsetzen;
 - uns dafür einsetzen, dass Staatsanwaltschaft und Gerichte 10% aller Geldstrafen an Opferhilfeorganisationen zuweisen und für die generelle Abschöpfung kriminell erwirtschafteten Vermögens zum Zwecke der Rückgewinnungshilfe kämpfen;
 - Bundesratsinitiativen unterstützen, die eine Ausweitung der nachträglichen Sicherungsverwahrung von besonders gefährlichen Straftätern sowie die Berücksichtigung legitimer Opferinteressen bei der Anordnung von Untersuchungshaft zum Ziel haben;

- Schutzwürdige Opfer rechtzeitig über die anstehende bzw. vollzogene Haftentlassung des Täters informieren;
 - eine Initiative zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes ergreifen, die neben dem Ziel der Resozialisierung den Gedanken von Sicherheit und Sühne als Vollzugszweck stärker gewichtet;
- Die Gewährleistung der körperlichen Unversehrtheit ist für uns elementare Voraussetzung für die Lebensqualität eines jeden Einzelnen; sie erfordert daher umfassende Maßnahmen der Kriminalprävention. Deshalb werden wir:
- bürgerschaftliches Engagement und Mitverantwortung für kommunale Kriminalprävention verstärkt fördern und durch gezielte landesweite Aufklärungskampagnen die Zivilcourage der Bürger im Vorgehen gegen Kriminalität stärken;
 - Videoüberwachung in sogenannten „Angsträumen“ der Kommune gezielt einsetzen und die Einführung des freiwilligen Polizeidienstes unter Beteiligung der Kommunen prüfen;
 - eine stärkere Identifikation der Städte, Gemeinden und Landkreise mit der örtlichen Sicherheitslage durch gemeinsame strategische Kriminalitätsanalysen mit der Polizei anstreben, um daraus kommunale Sicherheitspartnerschaften zu entwickeln;

7.4 Innovative Sicherheitsmaßnahmen gegen neue Formen der Kriminalität

- Schwarzarbeit, Betrug bei der Sozialhilfe, Steuerhinterziehung, fingierte Arbeitslosigkeit und illegale Beschäftigung bis hin zum Asylmissbrauch bilden den Fächer der Sozialkriminalität, die mittlerweile Schäden in Milliardenhöhe verursacht. Auch um das Gesundheitswesen hat sich eine Form der Kriminalität entwickelt, die dringlich bekämpft werden muss. Deshalb werden wir:
- uns für die Einführung biometrischer Daten in Ausweis- und Identifikationspapieren einsetzen, da mit diesen Maßnahmen dem Missbrauch durch Doppel- und Falschidentitäten vorgebeugt werden kann;
 - die Kontrolle der Rechtmäßigkeit des Bezuges von Sozialleistungen durch die Sozialhilfeträger verbessern und dazu regelmäßige verdachtsunabhängige Datenabgleiche zwischen allen Trägern öffentlicher Leistungen ermöglichen;
 - illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und unerlaubter Handwerksausübung mit besonderer Intensität bekämpfen;
 - Steuerhinterziehung konsequent aufklären und verfolgen;

- Jährlich entstehen durch Wirtschaftskriminalität und Korruption Schäden in zweistelliger Milliardenhöhe. Die saarländische Landesregierung hat der Bekämpfung der Korruption in den letzten Jahren einen hohen Stellenwert eingeräumt. Seit der Regierungsübernahme wurde das Personal der Spezialdienststelle beim LKA mehr als verdoppelt. Wir werden
 - die Möglichkeiten der Finanzermittlungen, Gewinnabschöpfung und Gewinnrückführung an die Opfer rigoros ausschöpfen;
 - einen landesweiten Vertrauensanwalt (Ombudsmann) als Ansprechstelle für Hinweisgeber, Aussteiger pp., einrichten und ein Korruptionsregister auf landesgesetzlicher Grundlage einführen, sofern keine bundesweiten Regelungen erreicht werden;
 - die Kronzeugenregelung und die straflose Selbstanzeige bei Korruptionsverdacht initiieren und uns für die Aufnahme der Korruption in den Straftatenkatalog der Telefonüberwachung einsetzen;
 - die Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft fortführen;

7.5 Null Toleranz für Intoleranz!

- Die CDU Saar kämpft konsequent gegen politischen oder religiösen Extremismus und erst recht gegen ideologisch motivierte Gewalt und Terrorismus. Wir haben nach dem 11. September im Saarland mit einem Sicherheitspaket reagiert, das Polizei und Verfassungsschutz besser in die Lage versetzt, gegen diese Gefahren für die Demokratie vorzugehen. Für die Zukunft benötigen Polizei und Verfassungsschutz wirksame Rechtsgrundlagen, eine angemessene Organisationsform sowie ausreichende Mittel und Personal. Deshalb werden wir:
 - alle rechtlichen Möglichkeiten der Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus weiter entwickeln, z.B. durch Änderung des Saarländischen Polizeigesetzes die Informationsspeicherung verbessern und die Telekommunikationsüberwachung ermöglichen;
 - Verbotsmöglichkeiten nach dem Vereinsrecht nutzen, den Entzug der durch die Finanzbehörden gewährten Gemeinnützigkeit fordern, wenn die entsprechenden Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind sowie die Einziehung des Vereinsvermögens bei ausgesprochenem Vereinsverbot konsequent einfordern;
 - die Herstellung und Verbreitung extremistischer, vor allem rassistischer und gewaltverherrlichender Texte, Bilder und Symbole gezielt unterbinden und mit aller Konsequenz gegen politisch extremistische islamistische Vereinigungen vorgehen;

- uns dafür einsetzen, dass die Landesverfassungsschutzbehörden bestehen bleiben und die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz verbessert wird sowie den aktiven Informationsaustausch zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz und dem Landeskriminalamt optimieren;
- Ausländer sind generell nicht krimineller als Deutsche. Jedoch auch nach Abzug ausländerspezifischer Delikte ist der Anteil der Ausländer am Kriminalitätsgeschehen deutlich höher als ihr Anteil an der Bevölkerung. Die Gründe liegen in der besonderen Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung, der Überrepräsentation der besonders kriminalitätsanfälligen Bevölkerungsgruppe der jungen, männlichen und in städtischen Bereichen lebenden Personen, einem hohen Anteil von ausländischen Straftätern, die sich im Saarland nur vorübergehend oder illegal aufhalten und Kriminalität importieren sowie in der Tatsache, dass viele Ausländer in schwierigen sozialen Verhältnissen leben. Deshalb werden wir:
- weiterhin nach dem Grundsatz verfahren, dass ausländische Straftäter bei der Begehung nicht unerheblicher Straftaten ihr Aufenthaltsrecht für den Bereich der Bundesrepublik verwirkt haben;
 - dafür einsetzen, dass gegen Ausländer von denen eine Gefahr für die Bundesrepublik Deutschland ausgeht, die aber nicht in ihre Heimatländer verbracht werden können, freiheitsbeschränkende und - falls unvermeidlich – freiheitsentziehende Maßnahmen angeordnet werden können;
 - uns dafür einsetzen, dass ausländische Verurteilte die gegen sie verhängten Freiheitsstrafen auch ohne ihre Zustimmung in ihren Heimländern verbüßen;

7.6 Justizbehörden modernisieren – Rechtsbewusstsein stärken

- Die Durchsetzung von Recht und Gesetz erfordert eine effektiv, kundenorientiert und wirtschaftlich arbeitende Justizverwaltung. Die CDU Saar begrüßt daher die bereits erfolgte Umstellung auf online-gestützte Verwaltungsvorgänge (Elektronisches Grundbuch, Elektronisches Handelsregister, Insolvenzen-online, internet-basierte Rechtsprechungsdatenbank) und fordert, auch in Zukunft den Einsatz moderner Informationstechnologien und Managementmethoden in der Justiz voranzutreiben. Deshalb werden wir:
- in Gemeinsamkeit mit dem Land Rheinland-Pfalz ein automatisiertes, elektronisches Mahnverfahren einführen, damit durch die EDV-gestützte Bearbeitung der Mahnanträge die Verfahrensabläufe beschleunigt werden und Gläubiger schneller zu ihrem Geld kommen;
 - ein elektronisches Dokumentenmanagementsystem aufbauen, das die Digitalisierung, elektronische Aktenführung und Archivierung beinhaltet und eine komplett online-gestützte Vorgangsbearbeitung ermöglicht;

- Die CDU Saar setzt sich dafür ein, Gewalt in all ihren Facetten zu ächten. Gewalt darf – vor allem für unsere Kinder und Jugendlichen – kein probates Mittel zur Problembewältigung oder Durchsetzung eigener Ziele sein. Deshalb werden wir:
 - die Mediation als Mittel der gewaltfreien Konfliktschlichtung in den Schulen sowie Anti-Gewalttrainings für gewalttätige Kinder und Jugendliche fördern;
 - die Betätigung von Kindern und Jugendlichen in Sportvereinen, sozialen und kulturtreibenden Vereinen weiter fördern;
 - eine Interventionsstelle einrichten, die sich neben den Opfern auch um die (Re-)Sozialisierung gewalttätiger Menschen kümmert;
 - die Medienkompetenz von Eltern und Kindern hinsichtlich der Gewalt in den Medien stärken;
 - Jugendstrafakten besonders schnell behandeln. Dabei gilt: Vom Ermittlungsende bis zur Verhandlung dürfen nicht länger als vier Wochen vergehen.
 - darauf hinwirken, dass kaum noch Tatbestände in Jugendstrafsachen wegen Geringfügigkeit von Delikten eingestellt werden.
 - von gemeinnütziger Arbeit als Strafe stärker Gebrauch machen. Allerdings wird diese Sozialarbeit – anders als bisher – auch von der Justiz überwacht und dokumentiert werden. Diese niedrigschwelligen Strafen sind, wenn sie richtig angewendet werden, effektiver als Gefängnis oder Jugendarrest.
 - die Jugendstaatsanwaltschaft personell stärken.
- Die Entwicklung der Gewaltkriminalität, vor allem im häuslichen und im Jugendbereich erfordert ein entschlossenes Vorgehen aller gesellschaftlichen Kräfte. Die CDU Saar wird sich – in allen gesellschaftlichen Bereichen – mit allen rechtsstaatlich zu Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, die Ächtung von Gewalt im Rechtsbewusstsein der Menschen zu verankern; der präventiven Öffentlichkeitsarbeit kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Deshalb werden wir eine umfangreiche, zielgruppenorientierte Informations- und Schulungskampagne zur Problematik der häuslichen Gewalt durchführen, wobei vor allem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jugendämtern, Kinderbetreuungs- und Gesundheitseinrichtungen und Schulen angesprochen werden sollen.



8. Wir engagieren uns für ein lebenswertes Saarland!

Erfolgreiche Politik kann nur gelingen, wenn die Menschen von der Notwendigkeit und Richtigkeit der Reformkonzepte überzeugt sind und sie sich mit ihrem Land und seiner Entwicklung identifizieren. Ohne das Engagement der Bürgerinnen und Bürger – ob als Unter- oder Arbeitnehmer, sei es in der Familie oder im ehrenamtlichen Engagement, ob als Kulturschaffende oder Wissenschaftler – wäre die positive Entwicklung unseres Saarlandes in den letzten Jahren nicht möglich gewesen. Keine Frage – das Saarland hat sich durch eigene Kraftanstrengung, durch politische Innovationen und mutige Reformen Respekt verschafft. Die Saarländerinnen und Saarländer bekennen sich wieder zu ihrer Heimat – und das ist gut so! Die CDU Saar wird dieses neue Selbstbewusstsein und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem Land weiterhin stärken. Wir werden das Profil unseres Saarlandes als eine europäische Kompetenzregion mit hoher Lebensqualität schärfen, wir werden ehrenamtliches Engagement in den Dörfern, Städten und Gemeinden unseres Landes unterstützen und sowohl Breiten- wie auch Spitzenkultur fördern. Wir wollen vor allem die Arbeit unserer Sport-, Kultur- und Sozialvereine unterstützen, die ein unverzichtbares Stück Identität unserer Region darstellen.

8.1 Zukunft in der Mitte Europas!

- SaarLorLux ist für das Saarland eine Realität mit Zukunftspotential. Der besondere Charakter des Saarlandes als europäische Kernregion, als „Labor“ supraregionaler Kooperation muss auch in Zukunft für die Intensivierung der grenzüberschreitenden Beziehungen genutzt werden. Die CDU Saar räumt der Europapolitik einen besonderen Stellenwert ein; für uns ist Europa nicht nur Chef-, sondern auch Herzenssache. Deshalb werden wir:
 - das gemeinsam mit den Nachbarregionen entwickelte SaarLorLux-Zukunftsleitbild mit konkreten Projekten wie dem interregionalen Schüleraustausch-Programm, der Grenzraumschule („Schengen-Schule“) oder der interregionalen Vernetzung von Hochschuleinrichtungen („Europa-Campus“) zum Leben erwecken;
 - die Europa-Kompetenz der Universität des Saarlandes stärken und die bestehenden Ansätze zur Mehrsprachigkeit ausbauen;
 - neben den multilateralen SaarLorLux-Aktivitäten die Pflege der bilateralen Beziehungen und Kooperationen z.B. im Hinblick auf Tourismus, Verkehr, Umweltschutz, Rettungswesen oder Katastrophenschutz nicht vernachlässigen;
- Mit der Osterweiterung der EU verbinden sich bei den Menschen sowohl Hoffnungen als auch Befürchtungen. Für die CDU Saar besteht eine der wichtigsten Aufgaben der saarländischen Landesregierung darin, die

Chancen der Erweiterung – nicht zuletzt durch neue und verbesserte Wirtschaftsbedingungen – zu nutzen und das Profil des Saarlandes als europäische Kompetenzregion zu schärfen. Deshalb werden wir:

- darauf hinwirken, dass die spezifischen Probleme der Binnengrenzregionen der EU, insbesondere im sozialpolitischen sowie im strukturpolitischen Bereich auf der europäischen Tagesordnung bleiben und dass die europäische Förderpolitik grenzraumfreundlich ausgestattet bleibt;
- auf eine Neuordnung und präzise Abgrenzung der Aufgaben und Kompetenzen der EU im Sinne des Subsidiaritätsprinzips drängen;
- durch eine moderne, vor allem jugendgerechte Öffentlichkeitsarbeit das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Fortentwicklung der europäischen Integration im Sinne eines Europas der Bürgerinnen und Bürger vertiefen.

8.2 Starkes Land – Starke Kommunen!

- 30 Jahre nach der saarländischen Gebiets- und Verwaltungsreform müssen die Strukturen überprüft und an veränderte Bedingungen angepasst werden. Die Frage nach einer gut funktionierenden, schnellen, flexiblen und innovativen Verwaltung ist eine der entscheidenden Zukunftsfragen des Landes. Nur wenn wir schneller, besser und immer einen Schritt voran sind, werden wir auf Dauer unsere Eigenständigkeit erhalten können. Nicht den großen, sondern den intelligenten und innovativen Regionen gehört die Zukunft. Die CDU Saar fordert deshalb eine umfassende Funktionalreform, die sicherstellt, dass:
 - die notwendigen Aufgaben unter Berücksichtigung des wirtschaftlichsten Einsatzes der zur Verfügung stehenden Finanzmittel sachgerecht wahrgenommen werden können;
 - Doppel- und Dreifachzuständigkeiten zwischen Gemeinden, Kreisen und Land abgebaut werden;
 - Aufgaben- und Ausgabenverantwortung jeweils zusammengeführt werden und die Aufgaben mit der größtmöglichen Bürgernähe erfüllt werden können;
 - die verfassungsrechtlichen Vorgaben für die kommunalen Gebietskörperschaften eingehalten werden;
 - das Subsidiaritätsprinzip konsequent umgesetzt wird
- Unser Ziel ist eine handlungs-, wettbewerbs- und zukunftsfähige Kommunalebene, die in Verbindung mit einer steuerungsstarken Landesebene modellhaft für einen modernen zukunftsfähigen Verwaltungsaufbau steht. Wir wollen die Handlungsfähigkeit der Kommunen

trotz der sich zuspitzenden Finanzkrise erhalten. Die Kommunen im Saarland leiden in besonderer Weise unter dem Verfall der öffentlichen Haushalte, der durch vielfältige Fehlentscheidungen der rot-grünen Bundesrepublik hervorgerufen worden ist. Die CDU-Landesregierung hat seit 1999 im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Kommunen in dieser Krise unterstützt. Dazu gehören Maßnahmen wie das Programm zur Beseitigung der Winterschäden, das Programm zur Substanzerhaltung sowie das mit dem Landessportverband aufgelegte Programm zur Sanierung von kommunalen Sporthallen. Darüber hinaus wurden die Kommunen durch den Fonds K21 aktiv bei ihren Konsolidierungsbemühungen unterstützt und Handlungsmöglichkeiten durch das Standardflexibilisierungsgesetz geschaffen.

- Die CDU Saar tritt dafür ein, dass die Landesregierung auch in der nächsten Legislaturperiode ihren partnerschaftlichen Kurs mit den Kommunen fortführt. Eine Entlastung des Landeshaushaltes zu Lasten der kommunalen Haushalte wird es auch weiterhin nicht geben. Allerdings erwarten wir von den Städten und Gemeinden weitere Konsolidierungsanstrengungen und die Bereitschaft Einsparpotentiale etwa im Tarifbereich in eigener Verantwortung ebenso zu realisieren, wie das die Landesebene tut. Das Gutachten zum Kommunalen Finanzausgleich des IFO-Institutes hat ergeben, dass die Kommunen wegen der Haushaltsnotlage des Landes keine zusätzlichen Mittel des Landes erwarten können. Notwendig ist und bleibt eine umfassende Gemeindefinanzreform auf Bundesebene. Für diese werden wir uns weiterhin einsetzen. Im Lichte der Funktionalreform werden wir die Ergebnisse des IFO-Gutachtens zum horizontalen Finanzausgleichs umsetzen.
- Gleichzeitig gilt es, einen Bewusstseinswandel im Hinblick auf die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu mehr Eigenverantwortung und freiwilligem gesellschaftlichen Engagement einzuleiten. Vollversorgungs- und Anspruchsmentalität werden wir uns in Zeiten eines schlanken Staates nicht mehr leisten können. Insofern führt die finanzwirtschaftliche Krise der öffentlichen Haushalte nicht nur zu einer Infragestellung gewachsener Strukturen und lieb gewordener Gewohnheiten; sie ist gleichzeitig auch eine Chance für die Wiederentdeckung der aktiven Bürgergesellschaft, die in der Bereitschaft der Menschen zu mehr Eigenverantwortung, Solidarität und Gemeinsinn gründet. Die CDU-geführte Landesregierung wird diese Chance zur Förderung und Weiterentwicklung der aktiven Bürgergesellschaft mit allem Nachdruck nutzen.

8.3 Erhalten und Gestalten – Kulturpolitik als Beitrag zum Identitätswandel

- Kultur im Strukturwandel bedeutet, kreative Ideen zu entwickeln, die das Gestern, Heute und Morgen verbinden. Bei allem Wandel kann nur die Kultur den Beitrag leisten, aus den Erfahrungen der Vergangenheit die Zukunft aktiv zu gestalten und die eigene Identität immer wieder von Neuem zu bestimmen. Daher ist für uns Kulturpolitik eine unabdingbare Voraussetzung, um den Strukturwandel zu bewältigen.

Unser reiches industrielles Erbe bietet enorme Chancen zur Entwicklung unseres Landes. Dabei wollen wir die hinterlassenen Industrieanlagen als kulturelle Zeugen der Vergangenheit über den Denkmalschutz hinaus in die Zukunftsgestaltung unseres Landes einbeziehen. In diesem Sinne bekennt sich die CDU Saar zur Pflege einer „saarländischen“ Industriekultur und fordert:

- Die IndustrieKultur GmbH (IKS) muss die getroffenen strategischen Richtungsentscheidungen für die Pflege unserer Industriekultur umsetzen und hierzu die Bergwerksstandorte Göttelborn und Reden sowie das Weltkulturerbe Völklingen nachhaltig fortentwickeln;
 - Nach Schließung der Grube Warndt/Luisental ist die Folgenutzung des betroffenen Geländes engagiert anzugehen. Bereits jetzt ist mit der Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer regionaler Konzepte unter Einbeziehung der betroffenen Kommunen zu beginnen;
 - Bis 2012 sollen an den prägnanten „Zukunftsstandorten“ neue Impulse für Wirtschaft, Arbeit, Umwelt und Kultur gesetzt und so Leitbilder für ein postmontanes Saarland geschaffen werden;
- Kulturpolitik im Saarland bedeutet aber auch, den professionell und ehrenamtlich kulturell Schaffenden ein verlässlicher Partner zu sein sowie mit herausragenden und einzigartigen kulturellen Ereignissen europäische und internationale Aufmerksamkeit auf das Saarland zu lenken. Kultur ist nicht nur weicher Standortfaktor, sondern auch Nährboden einer wirtschaftlich und gesellschaftlich lebenswerten Region. Im Saarland existiert eine außerordentlich lebendige und weit über die Grenzen hinausstrahlende attraktive Kunst- und Kulturszene. Ihr Kennzeichen ist die internationale Ausrichtung auf der Basis eines breiten gesellschaftlichen kulturellen Engagements. Aus diesem Grund fordert die CDU Saar, sowohl die professionelle als auch die laienkulturelle Szene zu fördern. Konkret heißt das:
- Die internationale Ausrichtung des kulturellen Schaffens an der Saar muss als Beitrag zur europäischen Einigung ausgebaut und fortentwickelt werden;
 - Wichtiger Baustein ist das von der CDU-Landesregierung geschaffene "Electricity-Festival für elektronische Musik", das dem Saarland europaweit über die Popkanäle ein neues, junges Image verschafft und als Festival für die europäische Jugend funktioniert und für aktuelle Jugend- und Popkultur steht.
 - Durch den Aufbau einer Saar-Kultur-Datenbank sollen kulturelle Aktivitäten bessere Breitenwirkung entfalten und kulturell Interessierte einen besseren Zugang zum kulturellen Geschehen erhalten können;
 - Durch spezielle Kulturangebote wie mus-e, oder etwa das „Kleine Theater“ sollen vor allem auch Kinder und Jugendliche für kulturelle Aktivitäten gewonnen werden. Hierbei soll der kulturelle

Erlebnisscharakter mit dem kulturellen Erziehungsanspruch Hand in Hand gehen;

- Das Nebeneinander professioneller Leuchttürme und breit angelegter Laienkultur ist zu erhalten und möglichst zu einem Miteinander weiterzuentwickeln;
- Besondere Bedeutung für die kulturelle Identität des Landes kommt der Museumslandschaft zu. Die vielen über das Land verteilten Kunstmuseen stellen in ihren ständigen Sammlungen und Wechselausstellungen immer wieder das alte und neue Kunstschaffen in die saarländische Auseinandersetzung mit der Zeit. Besonders die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz mit ihren angeschlossenen Häusern wirkt in das Land hinein und darüber hinaus. Angesichts der Zersplitterung historischer Museen in Saarbrücken fehlt jedoch eine Gesamtschau der Tradition und der Geschichte des Saarlandes. Daher fordert die CDU Saar, die saarländische Museumslandschaft zu modernisieren und zu strukturieren und bejaht entschieden die geplante Museumskonzeption: ein „Haus der Geschichte“ am Saarbrücker Schloss, in dem die historischen Kultur- und Kunstschatze des Landes konzentriert sind, und die moderne und zeitgenössische Kunst rechts der Saar in der Modernen Galerie.

8.4 Lebendiger Medienstandort Saarland

- Die Medien- und Informationswirtschaft gehört zu den Motoren unserer Volkswirtschaft. Die CDU Saar hat frühzeitig erkannt, dass dies ein Schlüssel für eine Zukunft mit mehr Arbeitsplätzen und technologischen Innovationen ist. Daher haben wir mit dem Saarländischen Mediengesetz als erstes Bundesland ein einheitliches Gesetz für Rundfunk, Presse und Medien geschaffen, das nun bundesweit Nachahmer findet. Auch die Förderpolitik der CDU trägt Früchte: Heute weist unser Land im Bereich Informations- und Kommunikationswirtschaft überdurchschnittliche Wachstumsquoten auf. Diesen Schwerpunkt unserer Cluster-Strategie werden wir fortsetzen.
- Die CDU Saar bekennt sich zur dualen Rundfunkordnung. Sie hält den öffentlichrechtlichen Rundfunk für unverzichtbar. Der gebührenfinanzierte öffentlichrechtliche Rundfunk sorgt mit seinen Hörfunk- und Fernsehangeboten für eine Programmvvielfalt, die werbefinanzierter Rundfunk nicht leisten kann. Wir wollen die Zukunfts- und Funktionsfähigkeit des dualen Rundsystems sichern. Deshalb werden wir:
 - darauf hinwirken, dass die Finanzierung des öffentlichrechtlichen Rundfunks durch Gebühren und eine Unterstützung der kleineren Landesrundfunkanstalten durch den ARD-Finanzausgleich beibehalten wird;
 - eine Teilhabe des öffentlichrechtlichen Rundfunks an neuen technischen Möglichkeiten gewährleisten, soweit gesichert ist, dass dadurch keine

gebührenfinanzierte Wettbewerbsverzerrung zu Lasten privater Informationsanbieter auftritt;

- uns für eine Medienlandschaft einsetzen, die den privaten Medien- und Rundfunkveranstalter unternehmerische Entwicklungsmöglichkeiten und Wettbewerbschancen eröffnet.;
- Angesichts der verharmlosenden und hemmungslosen Darstellung von Gewalt in Rundfunk, Videos oder Computerspielen hat sich die CDU Saar für eine Verbesserung des Jugendmedienschutzes eingesetzt und erreicht, dass die Länder ein einheitliches Jugendschutzrecht für alle elektronischen Medien (Rundfunk, Mediendienste, Teledienste) geschaffen haben. Dabei wurde ein Verbot für die Ausstrahlung indizierter Filme im Fernsehen verankert. Wir wollen effektiven Jugendschutz. Deshalb werden wir:
- darauf drängen, dass das Konzept der regulierten Selbstkontrolle zu einer wirksamen Verzahnung von hoheitlicher Aufsicht und Selbstkontrolle führt. Wir erwarten von den privaten Sendern verbindliche Qualitätsstandards und drängen auf eine effektivere Selbstkontrolle der Anbieter;
 - das Thema Medienethik zum Gegenstand gesellschaftlicher Diskussionen machen und anregen, dass Medienethik auf die Tagesordnung selbstkritischer Bestandsaufnahmen der Medienmacher kommt;
- Zeitungen leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen und kulturellen Meinungsbildung und stellen einen wichtigen Wirtschafts- und Identifikationsfaktor im Saarland dar. Die CDU Saar hat in Anerkennung der Pressefreiheit das saarländische Pressegesetz von seinen Bevormundungsklauseln befreit und die Freiheit der Presse gefördert. Wir setzen uns für eine vielfältige, wirtschaftlichen Erfolg versprechende Zeitschriften- und Zeitungslandschaft im Saarland ein. Im Interesse der Erhaltung publizistischer Vielfalt sprechen wir uns für den Erhalt der bewährten Pressefusionskontrolle aus.

8.5 Saarland – Sportland

- Seit 1999 hat der Sport im Saarland durch das Engagement der CDU-geführten Landesregierung einen deutlichen Aufschwung erlebt und sein Ansehen auf Bundesebene erheblich verbessert. Es ist gelungen nachhaltige Akzente auf regionaler und nationaler Ebene sowohl im Spitzensport als auch im Breitensport zu setzen. Im Spitzensport konnte sich das Saarland mit Großveranstaltungen wie der Ausrichtung einer Tour de France-Etappe und der Rallye-WM weltweit profilieren. Aber auch im Breitensport hat die Landesregierung u.a. mit der Gründung des Vereins „Wir im Verein mit dir“ eine vielbeachtete Initiative gestartet, die der rückläufigen Sportpartizipation in der Gesellschaft mit ihren negativen Auswirkungen vor allem auf die Gesundheit entgegenwirken soll. Angesichts der zunehmenden Technisierung unserer Gesellschaft und der damit verbundenen Reduktion gesundheitsfördernder Bewegungszeiten müssen

verstärkt kompensatorische und gesundheitserzieherische Maßnahmen vor allem für Kinder im Vorschul- und Grundschulalter ergriffen werden. Deshalb werden wir:

- Kooperationen zwischen Kindergärten, Grundschulen und Sportvereinen zur Verbesserung und Erhöhung der Bewegungszeiten unserer Kinder fördern;
 - Fortbildungsmaßnahmen für Kindergärtner/innen und Grundschullehrer/innen zum Thema Bewegungsförderung durch den gezielten Einsatz von Diplomsportlehrern/innen initiieren;
 - die Gesundheitserziehung an saarländischen Schulen durch den Einsatz von speziell ausgebildeten Gesundheitsbeauftragten stärken;
- Viele Heranwachsende engagieren sich im Leistungssport und erwerben dabei wichtige Schlüsselqualifikationen wie Teamfähigkeit, Zielstrebigkeit und Handlungskompetenz. Dieser dynamische Prozess ist durch staatliche Unterstützungssysteme aufzugreifen und zu begleiten. Deshalb werden wir:
- den Ausbau des Gymnasiums Am Rotenbühl zur Eliteschule des Sports vorantreiben und
 - die Teilnahme an nationalen Schulwettbewerben wie z.B. „Talente 2006 – Die FIFA WM in der Schule“ durch spezielle Betreuungsmaßnahmen zielgerichtet fördern
- Freizeit- und Hobbysport haben in einer leistungsorientierten Gesellschaft eine wesentliche Ausgleichs- und Integrationsfunktion. Daher treten wir für die Weiterentwicklung und bedarfsgerechte Ausgestaltung unseres Angebotes an Sportmöglichkeiten und Sportstätten z. B. durch den weiteren Ausbau des Radwegenetzes oder Schaffung von Multifunktionsfeldern ein.

8.6 Saarland – Land der aktiven Bürgergesellschaft

- Die Zukunft unseres Landes liegt nicht nur und noch nicht einmal in erster Linie in der Verantwortung des Staates. Sie liegt in der Verantwortung eines Jeden. Nur eine „aktive Bürgergesellschaft“ ist auf Dauer eine menschliche Gesellschaft. Im Rahmen dieser aktiven Bürgergesellschaft kommt dem Ehrenamt eine tragende Bedeutung zu. Aus diesem Grund fordert die CDU Saar:
- Die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement sind weiter zu verbessern. Insbesondere gilt es, die Vernetzung ehrenamtlicher Tätigkeit zu intensivieren, ehrenamtliches Engagement zu honorieren, und die praktische Hilfestellung durch den Vereinsbeauftragten im Innenministerium weiterzuführen;
 - Ehrenamtlich Tätige müssen vor existenziellen Risiken geschützt werden. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass die saarländische Landesregierung durch eine Pauschalversicherung des Landes die ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger absichert;

- Besonders die Jugend muss an ehrenamtliches Engagement herangeführt werden. Denn gerade die nachwachsenden Generationen tun sich immer schwerer, sich in ihrer Freizeit in festgefügte Vereinsstrukturen einzubinden. Die Folgen sind zunehmende Klagen über Nachwuchsmangel in den Vereinen. Die CDU Saar fordert daher zum einen die Vereine auf, ihre Strukturen und Formen des Engagements verstärkt an die Bedürfnisse von Jugendlichen anzupassen. Zum andern fordert die CDU Saar das Land auf, aktiv für die Vereinsarbeit von Jugendlichen zu werben, wie dies zum Beispiel die Aktion „Wir im Verein mit Dir“ seit einigen Jahren praktiziert. Besondere Chancen hierzu sieht die CDU Saar im Rahmen der einzurichtenden Freiwilligen Ganztagschulen: Gerade hier sollten Schulen und Vereine eng vernetzt kooperieren und modellhaft die Allianz zwischen aktiver Bürgergesellschaft und staatlichen Stellen vorleben.

9. Die Zukunft hat bereits begonnen! – Wir übernehmen Verantwortung

Mit der Landtagswahl am 5. September 2004 geht es für die Saarländerinnen und Saarländer um eine grundlegende Richtungsentscheidung. Die zentrale Frage lautet: Wollen wir uns leisten, die existentiellen Herausforderungen der demographischen Entwicklung, der Globalisierung von Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen sowie die Überschuldung der öffentlichen Haushalte einfach zu ignorieren oder zu verdrängen? Oder: haben wir den Mut, die Kraft und die Ideen, notwendige Veränderungsprozesse und zum Teil auch schmerzhaft Reformschritte zur Bewältigung dieser Zukunftsrisiken zu unternehmen? Die CDU Saar sagt dazu klipp und klar: das bloße Festhalten am bestehenden Leistungs- und Versorgungsangebot, die bloße Fortsetzung eingefahrener Handlungsstrategien genügt uns nicht. Wir haben keine Zeit zu verlieren für kosmetische Korrekturen und für gelegentliche Kriseninterventionen mit nur noch begrenzten Wirkungszeiträumen. Wir wollen den vor fünf Jahren begonnenen Weg zu einem selbstbewussten, eigenständigen und leistungsstarken Bundesland konsequent fortsetzen. Wir als CDU Saar stehen für die Bereitschaft zu einem auf Nachhaltigkeit angelegten Umbau unseres Landes mit dem Ziel der dauerhaften Sanierung und Modernisierung, wie ihn die saarländische Landesregierung unter Ministerpräsident Peter Müller bereits erfolgreich eingeleitet hat.

Die CDU Saar will für die Menschen im Saarland das öffentliche Leben aus christlicher Verantwortung auf der Grundlage der persönlichen Freiheit und nach den Prinzipien des sozialen Rechtsstaats demokratisch gestalten. Dabei orientiert sie sich an folgenden Leitbildern und Werten:

9.1 Unsere Leitbilder und unsere Werte

- **Wir verpflichten uns dem Prinzip der Nachhaltigkeit.**

Verantwortung für die Zukunft zeigt sich nicht in der Suche nach kurzfristigen Erfolgsmeldungen, sondern in der Benennung und Lösung der enormen demografischen, finanzwirtschaftlichen und standortpolitischen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. Dies mag zwar teilweise unpopulär sein, aber nur so können wir unser Land im Interesse der nachwachsenden Generationen in eine gute Zukunft führen.

□ **Wir wollen weniger Staat und weniger Regulierung.**

Wir wollen mehr Freiraum und Förderung zur Eigeninitiative – vor allem für unternehmerisches Engagement in Form von Existenzgründungen, Investitionen und Ansiedlungen. Für Wachstum, Arbeitsplätze und einen erfolgreichen Strukturwandel in unserem Land brauchen wir eine „Kultur der Selbstständigkeit“, die wir zu einem Markenzeichen des Saarlandes ausbauen werden.

□ **Wir stehen für Qualität und Leistung.**

Qualitätsbewusstsein und Leistungsbereitschaft sind Tugenden, ohne die eine Gesellschaft auf Dauer nicht zukunftsfähig ist. Wir fördern Qualität und Leistung auf allen Ebenen des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns. Dies tun wir insbesondere bei den jungen Menschen durch unsere Wende in der Bildungspolitik. Qualität und Leistung sind hier nicht nur Bewertungsmaßstäbe für schulischen Erfolg, sie sind auch explizite Bildungsziele, die wir nach dem Prinzip „Fördern und Fordern – Fördern durch Fordern“ verbindlich gemacht haben. Diese Wende in der Bildungspolitik werden wir auch in der Zukunft konsequent weiterverfolgen.

□ **Wir setzen auf Identifikation und Heimatverbundenheit.**

Möglichst viele Menschen und Unternehmen in unserem Land sollen sich aktiv und konstruktiv an der Weiterentwicklung des Aufsteigerlandes Saarland beteiligen. Nicht reines Effizienzdenken um jeden Preis bringt dauerhaften Erfolg, sondern ein Miteinander auf der Grundlage des Bekenntnisses der Menschen zu unserem Land, seiner Kultur, seinem historischen Erbe und seinem Selbstverständnis als europäische Kernregion. Die CDU Saar steht für eine Politik der Partnerschaftlichkeit. Denn der Umbau unseres Landes wird nur gelingen, wenn die Menschen im Saarland diesen Prozess durch bürgerschaftliches Engagement und die Bereitschaft zu mehr Eigenverantwortung unterstützen.

□ **Wir versprechen Transparenz und Dialogbereitschaft.**

Die Arbeit der saarländischen Landesregierung soll für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land nachvollziehbar sein. Nicht allein die Beschreibung guter Absichten bringt uns voran, sondern das Erreichen realistisch gesteckter Ziele, an denen die Menschen überprüfen können, ob wir auf dem richtigen Weg sind. Deshalb werden wir – wo immer möglich – messbare Ergebnisse vorlegen, um die Wirksamkeit der von uns eingeleiteten Maßnahmen nachprüfbar zu machen. Darüber hinaus werden

wir alle gesellschaftlich relevanten Gruppen und Organisationen an der Entwicklung unserer Zukunftsstrategie beteiligen.

☐ **Wir richten Politik am christlichen Menschenbild aus.**

Das Ziel, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen, verpflichtet uns zu solidarischem Handeln. Wir wollen, dass das Prinzip der Solidarität vor allem den Menschen gilt, die ihre Rechte nicht selbst vertreten können. Wir wollen gerade die Schwachen und sozial Benachteiligten nicht fallen lassen, ihnen Hilfe zur Selbsthilfe anbieten und jedem in unserer Gesellschaft menschenwürdige Lebensverhältnisse sichern. Solidarität gilt auch gegenüber den künftigen Generationen; unsere Verantwortung für den Erhalt der Schöpfung verpflichtet uns, die Lebensgrundlagen der Menschheit zu erhalten und verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umzugehen.

☐ **Wir kämpfen für Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft.**

Gerechtigkeit bedeutet nicht: „Jedem das Gleiche“, sondern: „Jedem das Seine“. Natürlich muss jedermann zuverlässig und zügig sein Recht erhalten. Gerechte Urteile und schnelle Verwaltungsentscheidungen tragen wesentlich zum Rechtsfrieden bei; Chancen-, Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit sind jedoch die notwendige Ergänzung zur Gleichheit vor dem Gesetz. Deshalb wollen wir bessere Rahmenbedingungen für Familien und mehr tatsächliche Chancengerechtigkeit für Frauen. Nicht das Festhalten am bisherigen Rollenverständnis der Geschlechter, sondern eine partnerschaftliche Chancen- und Aufgabenverteilung zwischen Mann und Frau müssen das Leitbild einer modernen Gesellschaft im 21. Jahrhundert sein.

9.2 Unsere politische Perspektive

- ☐ Für die CDU Saar gibt es im Hinblick auf die Stärkung und Selbstbehauptung unseres Landes im Wettbewerb der Regionen sowie zur Sicherung der Eigenständigkeit als deutsches Bundesland keine Alternative zur Politik von Ministerpräsident Peter Müller. Wir fordern daher mit allem Nachdruck und aus tiefster Überzeugung die Fortsetzung des auf Nachhaltigkeit angelegten Paradigmenwechsels in der saarländischen Landespolitik, der vor mehr als vier Jahren durch die CDU-geführte Landesregierung eingeleitet worden ist. Nur mit Veränderung und Innovation werden wir die Eigenständigkeit unseres Landes und die Zukunftschancen jetziger und kommender Generationen bewahren. Die CDU Saar stellt sich dieser Verantwortung für die Bewältigung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels in unserem Land. Wir sind davon überzeugt, die richtigen Strategien und Konzepte und die kompetenten Personen für diese historische Aufgabe zu haben. Ministerpräsident Peter Müller steht für neue politische Ideen und großes Durchsetzungsvermögen, für Weitblick und Verantwortungsbewusstsein; mit seinem Namen verbunden ist eine

neue Sicht unseres Landes als ein kleines, aber lebenswertes Land mit großem Potential für eine erfolgreiche Zukunft.

- Wir haben bewiesen: Strukturwandel und Wachstumspolitik, Erfolgsorientierung und soziale Gerechtigkeit, Innovation und Reformpolitik sind möglich. Es liegt an uns, ob wir auch in den nächsten Jahren im Wettbewerb um Ansiedlungen und Investitionen, um wirtschaftliche und wissenschaftliche Eliten und nicht zuletzt um neue Einwohner zu den Gewinner-Regionen gehören. So notwendig Hilfe von außen auch für eine Übergangszeit noch sein wird, so klar ist, dass unser mittel- und langfristiges Ziel die Lebensfähigkeit unseres Landes aus eigener Kraft sein muss. Unsere zunehmende Lebens- und Standortqualität, aber auch die Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit diesem Land und der Landesregierung zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

- Deshalb bitten wir um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler für die bevorstehende Landtagswahl 2004. Wir – die CDU Saar – wollen dem Land wieder eine starke Regierung stellen. Gerade in Zeiten des rasanten Wandels in Wirtschaft und Arbeitswelt, bahnbrechender technologischer und wissenschaftlicher Neuerungen, globaler ökonomischer und ökologischer Herausforderungen kommt es darauf an, dass Politik nicht der Beliebigkeit verfällt, sondern entschlossen und mutig die Weichen auf Zukunft stellt. Mit unserem Regierungsprogramm geben wir die Richtung vor: Wir sagen, was notwendig ist – offen und ehrlich, ohne Umschweife. Wir versprechen nicht mehr, als wir halten können. Wir haben eine klare Vorstellung von der Zukunft unseres Landes. Wir zeigen auf, wo unser Land in den kommenden Jahren stehen soll und wie wir dies erreichen können. Wir sagen, was wir denken, und wir tun, was wir sagen. Mit der CDU Saar und Ministerpräsident Peter Müller bleibt unser Land auf Erfolgskurs.